

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 314 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 9/2021 VOM 14. SEPTEMBER 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Unterschätzte Gruppe:
Die Nichtwähler**
Die größte Fraktion im Bundestag

6 | **Steinbachs Angriff auf
das Verbandsklagerecht**
Pro Tesla & Co. durchregieren

12 | **Vor 104 Jahren:
Staat und Revolution**
Den Staatsplunder von sich abtun (2)

»Abrüsten statt Aufrüsten«



Rund 100 Menschen beteiligten sich am 1. September an der Kundgebung zum Weltfriedenstag und dem anschließenden Friedensgebet am Kirchhang neben dem Eberswalder Marktplatz. Das Motto lautete in diesem Jahr »Abrüsten statt Aufrüsten«.

»Wir fordern die Beendigung aller Kriegshandlungen und die Beseitigung der Ursachen von Kriegen«, hieß es in der Einladung. »Wir verlangen von der Bundesregierung den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und den Stopp der Rüstungsexporte.«

Aufgerufen hatte das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE im Namen einer Reihe von Initiatoren. Für die musikalische Umrahmung sorgten der Chor IWUSCHKA, das Trio MISCHPOKE ROYAL sowie Musiker der Kirchengemeinde.

Paul Venuß von der Initiative RECHT AUF STADT moderierte die Veranstaltung mit insgesamt acht Redebeiträgen verschiedener Organisationen, darunter auch spontane Beiträge von Besuchern am »OFFENEN MIKROFON«. Viele Redner bezogen sich auch auf die katastrophale Niederlage der NATO in Afghanistan.



Hassan aus dem Tschad, der die Folgen von Krieg und Terror selbst erlebte, gehörte zu jenen, die das »offene Mikrofon« nutzten.

Fotos: Bündnis für den Frieden

Der Zwanzigjährige Krieg

Es sei für die USA und ihre NATO-Verbündeten wie ein zweites Vietnam, las man Ende August in manchen Kommentaren. Der Truppenabzug geriet zuletzt zuweilen zu einer chaotischen Flucht. Die Bilder vom Flughafen Kabul hatten eine bizarre Ähnlichkeit mit der panischen Flucht der letzten US-Soldaten aus dem am 20. April 1975 befreiten Saigon. Die USA und ihre Verbündeten hatten aus ihrer katastrophalen Niederlage in Vietnam nichts gelernt.

Schon vor 160 Jahren hatten die Engländer erfahren, was ausländische Invasoren in Afghanistan erwartet. Mit ihren Ränken gegen die revolutionäre Regierung, die 1978 in Afghanistan an die Macht gekommen war, provozierten die USA schließlich die Sowjetunion zu ihrem Einmarsch Ende Dezember 1979, damit »die Russen in die afghanische Falle tapfen« und »ihren Vietnamkrieg« bekommen, wie später der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski, freimütig bekannte*.

Zehn Jahre, eine Millionen afghanischer und fast 15.000 sowjetischer Tote später mußte die Sowjetarmee abziehen. Trotz Brzezinskis vorheriger Erkenntnis haben die USA aus der katastrophalen Niederlage der Sowjetunion nichts gelernt.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001, vollführt durch die von den USA selbst herangezüchteten Terrororganisa-

tion Al-Quaida, zog die größte Militärmacht der Welt selber in den afghanischen Krieg. Und alles wiederholte sich. Es dauerte 20 Jahre, kostete eine Viertelmillion Menschenleben und 2,3 Billionen Dollar Kriegskosten...

In der »Barnimer Bürgerpost« haben wir damals, im Herbst 2001, über die Proteste gegen den Krieg in Eberswalde ausführlich berichtet. Das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE gründete sich damals. Die damaligen Kommentare wiesen schon auf das zu erwartende Ende hin.

In dieser und den kommenden Ausgaben können Sie einige der zwanzig Jahre alten Artikel nachlesen (Seiten 2 und 7).

BBP-Redaktion

* nach Nick Brauns: »Andere als Kanonenfutter«, in: Junge Welt, 1.9.2021

Der Elfte September

Der 11. September wird mir unauslöschlich im Gedächtnis haften bleiben. Die Bilder gingen um die Welt. Der demokratisch gewählte Präsident nimmt selbst die Waffe in die Hand, um den Präsidentenpalast zu verteidigen. Flugzeuge greifen an. Rundherum sind Panzer in Stellung gegangen. Sie feuern Granaten auf den Präsidentensitz. Der Präsident verliert sein Leben. Mit ihm sterben an diesem Tag und in den folgenden Wochen tausende Menschen.

11. September 1973. Putsch in Chile. Mit Unterstützung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA stürzte das Militär unter Führung von General Pinochet den sozialistischen Präsidenten Dr. Salvador Allende. Die USA wollten ihren Hinterhof sauber halten.

Fast vierzehn war ich damals und von Idealen erfüllt, über die heutzutage nur noch gelacht wird. In meiner Schulklasse sammelte ich spontan Spenden für die Putschopfer. 74,85 Mark kamen zusammen.

Es war die Zeit der Geheimdienstaktionen und der Stellvertreterkriege. Die Welt sah sich in Einflußsphären geteilt. Den direkten Konflikt mit der anderen Weltmacht wollte im Zeitalter der Systemauseinandersetzung niemand riskieren.

Mit Salvador Allende starb die Hoffnung, auf bürgerlich-demokratischem Weg antikapitalistische Ziele erreichen zu können. Demokratie und Sozialismus erschienen als unvereinbare Dinge. Die Systemauseinandersetzung

wurde als Klassenkampf definiert. Unter anti-imperialistischem Zeichen angetretene Guerillabewegungen blieben selbst nach siegreicher Machtergreifung wie in Angola, Mocambique und Nicaragua jahrzehntelang in Bürgerkriege verwickelt.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten 1985-91 kollabierte auch das labile militärisch-strategische Gleichgewicht. Sowjetverbündete wurden entmachtet (Afghanistan, Nicaragua) oder blieben auf sich allein gestellt. Bei so manchem blätterte die sozialistische Fassade ab und machte den Blick frei auf kleine Bonapartes. Die USA definierten ihre Interessensphären neu. Der Golfkrieg von 1991 steht für den Übergang zu einer neuen Art von Weltherrschaftskriegen. Dabei setzen die übriggebliebene Weltmacht USA und ihre Nato-Verbündeten vor allem auf Hightech-Waffen, denen die per Medienkampagne zu Schurkenstaaten erklärten Kriegsgegner nichts entgegensetzen können. Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit auf der einen Seite, arrogantes Weltherrschaftsgebaren auf der anderen gehören zu den Merkmale dieser Globalisierungskriege.

Doch mit dem 11. September 2001 begann eine neue Phase. Die Terroristen trafen die Machtsymbole der stärksten Militärmacht aller Zeiten. Völlig ohne Hochtechnologie, einfache Messer reichten. Tausende Unschuldige mußten dabei sterben. »Kollateralschäden«, der

NATO-Begriff dafür.

Das beweist vor allem eins: Sicherheit ist nicht militärisch herzustellen.

Trotzdem reagierte die NATO mit der Ausrufung des Verteidigungszustandes. Nur, der Gegner ist nicht faßbar. Die Globalisierung macht ernst. Die Zeit nationaler Bewegungen ist vorbei. Die Kriegserklärung der NATO entbehrt deshalb nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Es fehlt der Feind. Es gibt kein nationales Subjekt, das die USA und damit die NATO angegriffen hat.

Nun soll Afghanistan als Ersatzfeind herhalten. Dank der Nordallianz braucht man wahrscheinlich nichtmal eigene Bodentruppen einsetzen. Klar ist, den regierenden Taleban werden nur wenige eine Träne nachweinen. Ist Vergeltung geübt, darf weitergemacht werden wie bisher. Bis zum nächsten Terroranschlag.

Die Terroristen verdienen Strafe. Doch ein Krieg gegen den Terrorismus ist nicht gewinnbar. Krieg und Gewalt gebären nur neue zu allem bereit Glaubenskämpfer. Deshalb muß es vor allem um den Nährboden gehen, auf dem Terrorismus gedeihen kann. Hunger und Perspektivlosigkeit in der einen Hemisphäre, Konzentration des Reichtums der Welt in der anderen – diese ungerechte Weltwirtschaft muß endlich beseitigt werden. Das wäre die beste Sicherheitspolitik.

GERD MARKMANN

(aus »Barnimer Bürgerpost« 11/2001)

Erinnerung an Maria Schederowa und George Brassens:

Zum Gedenken an Zwangsarbeit in Bernau



Bernau (bbp-red-ber). Am Gedenktag für die Opfer des Faschismus, dem 12. September, wurde in Bernau an die unzähligen Zwangsarbeiter in und um Bernau erinnert, die während des Krieges in Rüstungsbetrieben schuften mußten. Je mehr deutsche Männer in den Krieg geschickt wurden, umso mehr Arbeitskräfte fehlten. Allein im Schönower Kabelwerk waren 94 sowjetische und 43 französische Zwangsarbeiter in der Kriegsproduktion eingesetzt. Einige von ihnen fanden Kontakte zu deutschen Widerstandskämpfern, so z.B. Maria Schederowa, die von Elli Voigt Flugblätter zum Verteilen erhielt. Maria wurde 1944 ins Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt. Sie überlebte das Inferno und besuchte später noch mehrfach das Kabelwerk in Schönow.

In den Basdorfer BRAMO-Werken waren vor allem französische Zwangsarbeiter interniert, darunter auch der später so berühmte Chansonnier Georges Brassens, zu dessen Ehren jetzt alljährlich das Brassens-Festival in den Basdorfer Gärten stattfindet. Das territoriale Bündnis Bernau erinnerte an sie und alle anderen Zwangsarbeiter auf der Kundgebung am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bahnhofsplatz.

Die Nichtwähler

Obwohl diese Gruppe die stärkste und klügste darstellt, genießt sie jedoch wenig mediale Aufmerksamkeit, sie wird von den BRD Medien regelrecht ignoriert. An keinem Wahlabend werden bei ARD und ZDF auf den entsprechenden Grafiken die Balkenhöhen dieser Wahlgruppe sichtbar gemacht. Bestenfalls so fast nebenbei, wird dann auch die Kennziffer der Wahlbeteiligung genannt.

Diese Wählergruppe wird dramatisch unterschätzt. Historisch denke man nur einmal an das Frühjahr 1989 als im Osten Deutschlands die Wahlbeteiligung unter 99 Prozent sank, und sie als Mitursache für die dann vorletzte Wahl galt. Heute im Westen sieht einiges etwas anders aus, obwohl gewisse Gemeinsamkeiten vorhanden sind.

Im Osten gab es die SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS mit den vier verbündeten Blockparteien. Diese Blockparteien wollten alle das Gleiche, aber sie unterschieden sich ein wenig untereinander, was die Berufsgruppen in diesen Parteien betraf. Heute im Westen gibt es die DEMOKRATISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS, die von einigen Einzelparteien gebildet wird, natürlich alle mit einem verschiedenen Namen. Eine Ausnahme ist die von den anderen Parteien als demokratisches Schmutzkind behandelte AfD.

Von den Parteien im Osten hat sich nur die CDU in den Westen gerettet. Deshalb bezeichnet sich diese Partei als konservativ, abgeleitet von dem Wort Konserve. Sie betreibt jetzt eine Politik, die genau das Gegenteil von dem macht, was sie zuvor im Osten aktiv unterstützt hat. Damit hat sie sich auf alle Fälle, historisch betrachtet, der Lüge überführt.

Schaut man auf den Bundestag und vergleicht ihn mit der Volkskammer, so bemerkt man folgenden Unterschied. Im Bundestag sitzen die Mandatsträger der Parteien, in der Volkskammer saßen außer der Sozialistischen Einheitspartei mit deren Blockparteien noch Mandatsträger gesellschaftlicher Organisationen. Davon ist im Bundestag nichts zu sehen. In der BRD wird dieses Fehlen als parlamentarische Vielfalt bezeichnet.

Bevor man nun einen Blick auf die zu wählenden Gestalten wirft, sollte man sich im Klaren sein, daß der Wahlgewinner nicht unbedingt gewählt wurde. Das war z.B. bei der letzten Europawahl der Fall. Die Flinten-Uschi (CDU) stand auf keinem Wahlzettel.

Selbst wenn sich der Wähler für einen Kandidaten entschieden hat, bekommt er manchmal etwas anderes. Der Möchtegernkomiker Semsrott (Die PARTEI) erkämpfte ein Mandat bei der letzten Europawahl. Kurze Zeit danach flüchtete er zu den Grünen, ohne daß er sein Mandat zurückgab. Wäre so etwas in einem Land Osteuropas einschließlich der osteuropäischen EU-Staaten passiert, so wäre die Aufregung groß und es würde von Wahlbetrug und Verletzung der Menschenrechte in den BRD-Medien berichtet werden.

Wenn man nun die Gesamtheit der zu wählenden Politiker betrachtet, so ist auffallend, daß es bei gewählten Politikern, und spe-

ziell bei BRD-Politikern oftmals am nötigen Gehirnschmalz mangelt, wie das folgende Beispiel zeigt: 2018 hat die EU beschlossen, auf die jährlichen Zeitumstellungen zu verzichten. Bis heute im Jahr 2021 hat sich diesbezüglich nichts getan. Um den EU-Beschluß zu verwirklichen, hätte es gereicht einfach nichts zu tun, selbst dazu erwiesen sich die Politiker als unfähig. Die BRD übte zu diesem Zeitpunkt den Ratsvorsitz der EU aus. Nun könnte man argumentieren, daß dieses Thema angesichts anderer Probleme nicht wichtig ist. Wenn aber die Politiker zum Lösen dieser Aufgabe nicht in der Lage sind, dann sind sie auch ungeeignet für die Lösung anderer Probleme, von denen sie einige sogar selber geschaffen haben.

Betrachtet man einmal den Auserwählten mit den meisten Wahlstimmen, so beginnt der seine Ansprache immer mit einem Dank an seine Wähler. Er sollte sich aber bei den Nichtwählern bedanken (wohlgemerkt nicht bei seinen Nichtwählern, die haben einen anderen Versager gewählt, sondern bei denen, die gar nicht gewählt haben), denn deren Wahlverhalten ermöglichte ihm den Wahlgewinn.

Und noch ein anderer Aspekt ist wichtig. Für jede abgegebene Wahlstimme erhält die gewählte Partei Geld aus dem Staatshaushalt. Ist nun der Anteil der Nichtwähler groß, so wird die Staatskasse geschont, und der Auserwählte könnte das eingesparte Geld aus der Staatskasse sinnvoll verwenden. Dafür bedankt er sich nicht bei den Nichtwählern.

Fehlendes Gehirnschmalz bei den BRD-Politikern ist auch an einem anderen Beispiel sichtbar. Seit mehreren Legislaturperioden bemängelt das Bundesverfassungsgericht das gegenwärtige Wahlsystem, mit dem der Bundestag immer größer, schwerfälliger, bürokratischer und teurer zu werden droht. Bis heute waren die BRD-Politiker nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen. Dabei wären die Nichtwähler der Schlüssel zur Problemlösung. Die Nichtwähler sollten bei der Verteilung der Mandate berücksichtigt werden. Diese Sitze könnten dann leer bleiben. Oder man lost sie aus den Nichtwählern aus. Das hat den Vorteil, diese Lostopfgeordneten brauchen nicht um ihren Wiedereinzug in den nächsten Bundestag zu bangen. Sie könnten sich ohne Fraktionszwang frei entscheiden. Vielleicht würde sogar das Wissen im Bundestag steigen. Der einzelne geloste Abgeordnete könnte wählen, ob er sich im Plenarsaal des Bundestages ausschläft und die Diäten kassiert oder ob er sich als fachkundiger Politiker profilieren will. Übrigens: Der Landkreis Barnim wurde auch acht Jahre lang von einem Lostopfandrat verwaltet.

REINER SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Volkssolidarität Barnim: Spendensammlung

Die Volkssolidarität im Barnim hat am 1. September ihre Spendensammlung 2021 gestartet. Seit 1947 führt die Volkssolidarität alljährlich ihre Spendensammlung durch. Unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« sammeln Mitglieder im Rahmen ihres Ehrenamts für soziale Projekte. Unter dem Dach der Volkssolidarität Barnim sind 54 Ortsgruppen mit circa 2.200 Mitgliedern aktiv.

In diesem Jahr erbitten wir Ihre Spenden für die Neumöblierung und Ausstattung von Kinderzimmern unseres Kinderheimverbundes und für die verbesserte Ausstattung von Wohngruppen für chronisch psychisch kranke Menschen. Wir sind daran interessiert, die Begegnungstätten der Volkssolidarität im Landkreis Barnim zu erhalten und mit frischem Wind zu beleben. Des Weiteren geht ein Teil Ihrer Spenden an unsere Ortsgruppen, die maßgeblich zur Fürsorge im Wohngebiet beitragen.

Wir bedanken uns bei allen Spendern und Sponsoren des Jahres 2020 für das soziale Engagement und die monetäre Unterstützung in Höhe vom 16.166 Euro.

Die ehren- und hauptamtlichen Mitglieder werden im Zeitraum vom 1. September bis zum 31. Oktober auf Sie zukommen. Wir hoffen, daß durch interessante Gespräche Ihr Interesse für die Volkssolidarität geweckt wird. Wir weisen darauf hin, daß sich alle ehrenamtlichen Sammler durch einen Sammelausweis legitimieren können.

ANDREA HÖHNE

Informationen unter: Volkssolidarität Barnim e.V. Geschäftsstelle, Schneiderstr. 19, 16225 Eberswalde, Kontakt: 03334 – 6398816

Sie können Ihre Spende auch gern gegen Beleg auf folgendes Spendenkonto überweisen: Spendensammlung der Volkssolidarität 2021 Empfänger: Volkssolidarität Barnim e.V., IBAN: DE54170520003120026025, BIC: WELADED16ZE

Zwei Prozent

In Zeiten wie diesen,

In Zeiten schwerster Krisen.

Hält Mutti an dem Ziele fest,

Ein Ziel, das jeden horchen läßt.

Zwei Prozent für's Militär.

Für Rüstung also immer mehr!

Statt 1,4 sind nun zwei Prozent das Ziel.

Zwei Prozent, das klingt nicht viel.

Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt?

Also auf die Zahl geguckt:

3,3 Billionen sind das Bruttoinlandsprodukt, so werden 66 Milliarden von AKK verschluckt.

Mutti, laß die Muskelspiele ruh'n!

Denn es gibt Besseres zu tun.

Lös' die Probleme dieser Erde.

Damit für alle Frieden werde!

RAINER KROBOTH 3

Mehr Barrierefreiheit

Die Bernauer Spielplatzplanung gehört auf den Prüfstand, um die UN-Behindertenrechtskonvention noch stärker zu berücksichtigen. Spielplätze sind schließlich für alle da, für Kinder mit und ohne Handicap. In unserem Antrag zu barrierefreien Spielplätzen fordern wir:

1. Bestehende Spielplätze sollen auf ihre Barrierefreiheit untersucht werden.
2. Bei der Planung neuer Spielplätze sollen Spielelemente für Kinder mit und ohne Mobilitätseinschränkungen berücksichtigt werden.
3. Bei der Planung neuer barrierefreier Spielplätze soll auf das Fachwissen des Bernauer Beirates für Menschen mit Behinderungen zurückzugreifen.

Wir hoffen, daß allen anderen Fraktionen das Thema auch am Herzen liegt

ANETTE KLUTH (Stadtverordnete
BVB/Freie Wähler Bernau)

NADINE SCHNITTKKE (Sachk. Einwohnerin)

Bausünden und Fluten

Im Juli wurden weite Gebiete vor allem im Westen dieser Republik von starken Regenfällen heimgesucht. Es erfüllt uns mit Stolz, daß viele Eberswalderinnen und Eberswalder auch ganz persönlich Solidarität mit unseren Mitmenschen in den betroffenen Katastrophengebieten gezeigt haben.

Oberflächlich betrachtet liegt es nahe, Zusammenhänge mit den unter dem Begriff Klimawandel zusammengefaßten Veränderungen des langfristigen Wettergeschehens zu vermuten. Dies gilt es zu analysieren, nicht zuletzt, um Lehren aus den Hochwasserereignissen für die konkreten Stadtplanungen in Eberswalde zu ziehen.

So hängen die schlimmen Folgen der starken Regenfälle in der Eifel und der Rheinniederung oftmals mit Bausünden der Vergangenheit zusammen. Da wurden beispielsweise Flüsse begradigt, kanalisiert und höher gelegt, wie der Fluß Erft in Nordrhein-Westfalen, und zugleich in der einstigen Flußbaue Siedlungen mit hohem Versiegelungsgrad errichtet sowie in unmittelbarer Wohnnähe eine Kiesgrube in den Auensand gegraben. Nach dem Starkregen hatte der Fluß seinen alten Lauf zurückerobert und Häuser, die im Wege standen, weggespült. Diese Fehler sollten wir in Eberswalde nicht wiederholen. Dies betrifft ganz aktuell die geplante Bebauung in der Ebertstraße-Süd, wo einst die Schwärze ihren natürlichen Lauf hatte.

In Eberswalde gibt es auch genügend positive Beispiele, wie mit Starkregenfällen umgegangen werden kann. So bei der Regenwasserversickerung in der Frankfurter Allee im Brandenburger Viertel. Bei solchen technischen Anlagen sollte künftig noch mehr auf deren Gestaltung und Einbindung in die Landschaft geachtet werden.

MIRKO WOLFGGRAMM,

Fraktion »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur« in der StVV Eberswalde

»Seebrücke« für Kriegsflüchtlinge

»Der Westen« hat den Zwanzigjährigen Krieg in Afghanistan verloren. Wir erinnern an die Aktionen der Eberswalder Friedensbewegung vom Herbst 2001. Die damaligen Voraussagen haben sich nun bestätigt – nach 250.000 Kriegstoten, darunter 59 deutsche Soldaten, und allein auf deutscher Seite 12,5 Milliarden Euro an Kriegskosten. Insgesamt »investierte« die »westliche Gemeinschaft« mehr als zwei Billionen Dollar – 300 Millionen Dollar pro Tag – in das Kriegsabenteuer am Hindukusch. Und die Afghanen haben zwanzig Jahre verloren, ihre Angelegenheiten selber zu regeln.

Im Juni diskutierte die StVV über den Beitritt Eberswaldes zum Städtebündnis »Seebrücke«. Es ging auch darum, Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen zu signalisieren. Nach dem militärischen Desaster in Afghanistan steht die BRD in der Pflicht, die Kollaborateure und sonstigen Hilfskräfte des afghanischen Bundeswehrexpeditionskorps samt Fa-

milien vor möglichen Racheakten der Sieger in Sicherheit zu bringen.

Unsere Fraktion wird sich einsetzen, den »Seebrücke«-Vorschlag zu erweitern und möglichst schnell zur Abstimmung zu bringen.

In letzter Zeit häufen sich Anfragen und Beschwerden von Eberswalder Einwohnern, die sich bei der Vergabe von Baugrundstücken benachteiligt fühlen oder gar von der Vertreibung von über Generationen genutzten Grundstücken bedroht sind.

Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, Verhältnisse zu schaffen, die Immobilienspekulationen unmöglich machen. Mit der Erbbaupacht steht ein geeignetes Instrument zur Verfügung, das auch den Interessen von »Häuslebauern« entsprechen kann. Alteingesessene Grundstücksnutzer sollten bevorzugt werden.

MIRKO WOLFGGRAMM,

Fraktion »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur« in der StVV Eberswalde

BVB/Freie Wähler kritisieren Zersiedelung in Bernau:

Bürgerentscheid gefordert

In Bernau-Friedenstal plant der Bauherr im Gebiet Waldquartier am S-Bahnhof Friedenstal neben der bereits erfolgten Errichtung von rund 230 Wohnungen nunmehr den Bau zusätzlicher gut 400 Wohneinheiten.

Eine derartige weitere Verdichtung lehnen wir ab. Das Meinungsbild der Bernauer ist in zahlreichen Umfragen und Diskussionen der letzten Jahre deutlich geworden. Während die soziale und verkehrliche Infrastruktur nicht ausreichend mitwächst, darf der rasante Zuzug in dieser Form nicht weitergehen. Bereits vor Jahren verkündete der Bürgermeister einen angeblichen Paradigmenwechsel. Dieser erweist sich als kaum belastbar. So werden am Venusbogen dreimal so viel Wohnungen errichtet, wie ursprünglich geplant, auch an der Schwanebecker Chaussee kommen deutlich mehr Wohnungen. Immer wieder gab es Beteuerungen, daß dieses und jenes das letzte Projekt sei. Und während in Ladeburg eine Lückenbebauung mit 10 Wohneinheiten für einen ortsansässigen, anerkannten Landwirt durch Linke und SPD verhindert wird, wird jedem Immobilien-Großunternehmer, der seine Steuern nicht in Bernau zahlt, der rote Teppich ausgerollt. Daß die Zusagen gegenüber der Öffentlichkeit so wenig zählen, ist ein gravierendes Problem.

Die zunehmende Verdichtung trägt unweigerlich zu mehr Verkehr und Staus bei. Die Erzählung, daß die neu Zuziehenden kein Auto nutzen, weil sie ja nah am Bahnhof wohnen würden, ist abwegig und widerlegt. Natürlich benutzen auch diese Bürger – verständlicherweise – die soziale, medizinische und sonstige Infrastruktur der Stadt. Hinzu kommt, daß die fortschreitende Versiegelung auch ein gravierendes Umweltproblem darstellt. So wurden im

sogenannten Waldquartier unzählige Bäume gerodet und weitere würden folgen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß die geplante Workshop-Verfahren nichts an den Auswirkungen auf die Stadt ändert. In dem informellen Gremium sind zwar Vertreter repräsentiert, die ihre Bedürfnisse einbringen können, die gesamtstädtischen Auswirkungen ändern sich dadurch aber nicht. Die Erfahrung zeigt, daß die Investoren stets gewinnmaximierend die höchstmögliche Zahl an Wohnungen realisieren wollen. Außerdem braucht es in einem Bebauungsplanverfahren schon von Gesetzes wegen ohnehin eine verbindliche Öffentlichkeitsbeteiligung für alle Bürger.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß die Bernauer die zunehmende Verdichtung und Verkehrsbelastung und die dadurch eintretenden Ortsbildveränderungen sehr kritisch sehen. Es ist bedauerlich, daß der Bürgermeister dies weiter forciert. Deswegen fordern wir statt einer kleinen, informellen Arbeitsgruppe eine verbindliche Abstimmung durch alle Bürger. Ein Bürgerentscheid in der gesamten Stadt möge ein verbindliches Bild darüber vermitteln, wie die Bernauer generell zu derart fortschreitenden Großprojekten stehen.

Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß jeder die Möglichkeit haben sollte, in Bernau heimisch zu werden und daß ein organisches Wachstum der Stadt gut tut. Planerisch begleitete Großbauvorhaben mit immer mehr, hunderten und in manchen Fällen sogar tausenden Wohnungen gehören jedoch nicht dazu. Deswegen sollte über diese grundsätzliche Frage die Bernauer Bevölkerung im Wege eines Bürgerentscheides das letzte Wort bekommen.

JÖRG ARNOLD und THOMAS STRESE

Für die Belange junger Menschen

Die Jusos Barnim haben sich am 24. Juli in Eberswalde einen neuen Vorstand gegeben. KURT FISCHER (Foto) aus Eberswalde wurde erneut einstimmig zum Vorsitzenden der Jusos Barnim gewählt. RON STRABURG aus Bernau, der derzeit zusammen mit LISA-MARIA PRIDIK außerdem für den Landesvorsitz der Jusos Brandenburg kandidiert, wurde ebenfalls einstimmig zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zum neuen Vorstand gehören außerdem MELINA HAPKE aus Bernau, MORITZ FISCHER aus Eberswalde und DAVID POHL aus Wandlitz.

»Unser erstes Ziel: Ein starkes Ergebnis bei der Bundestagswahl am 26. September! Mit Simona Kofz und Stefan Zierke haben wir zwei starke Persönlichkeiten, die für uns im Barnim für den Bundestag kandidieren. Außerdem setzt die SPD mit Themen wie einer Ausbildungsplatzgarantie,

12 Euro Mindestlohn, einer Reform des Bafög und einer Mobilitätsgarantie auf die richtigen Themen – gerade für junge Menschen. Eine gute Aufstellung für eine erfolgreiche Wahl!« so Kurt Fischer.

Ron Straßburg freut sich über die einstimmige Wahl und meint: »Das ist für mich ein starker Rückenwind! Mit der Unterstützung der Jusos Barnim will ich gerne gemeinsam mit Lisa-Maria Pridik den Vorsitz der Jusos Brandenburg übernehmen. Mein Ziel: Die Jusos Brandenburg zu einer noch stärkeren Stimme für die Themen der jungen Menschen in unserem Bundesland machen!«

Ob vor Ort oder im Land: Die Jusos Barnim setzen sich für die Belange junger Menschen mit vollem Herzen ein. Als politische Vertretung junger Menschen in der SPD sind sie eine ernstzunehmende Stimme, die die Politik in und mit der SPD maßgeblich beeinflusst. Erreichbar sind die Jusos Barnim jederzeit über info@jusos-barnim.de.

Die Jusos existieren seit 1997 im Barnim. Etwa 50 junge Menschen zwischen 14 und 35 Jahren sind bei uns Mitglied. Eine SPD-Mitgliedschaft ist dafür nicht erforderlich.

KURT FISCHER, Vorsitzender der Jusos Barnim



Foto: JUSOS BARNIM

Massive Gefährdung der Verkehrssicherheit:

Plakate an den Laternenpfählen

Am 7. August hatte ich erstmals über das MÄRKERPORTAL die Stadt Eberswalde darauf hingewiesen, daß durch Wahlwerbung der Lichtraum also der Raum im öffentlichen Verkehrsraum für die ungefährdete Nutzung freizuhalten ist, erheblich eingeschränkt wird.

Von vielen Parteien wird die Auflage ignoriert, daß an Kreuzungen keine Plakatierung vorgenommen werden darf. Hier sticht besonders diese komische Blaue Partei negativ hervor. An Ampeln insbesondere in Finow wird durch deren Plakatierung die Einsicht behindert oder komplett verdeckt, so daß Verkehrsteilnehmer nur erahnen können ob gerade grün oder rot ist.

Hierzu sind inzwischen bereits mehrere Hinweise durch Nutzer des Märkerportales hinterlegt worden. Die trotzig Antwort auf solche Hinweise durch die Stadtverwaltung lautet: »Der Sachverhalt wird durch das Tiefbauamt geprüft«. Oder noch besser: »Nach Prüfung des Sachverhaltes wurde die entsprechende Partei informiert und aufgefordert, die Plakate vorschriftsmäßig aufzuhängen«.

Selbst auf meine erneuten Hinweise ist nichts passiert, so daß ich der Stadt nunmehr rate, das Märkerportal abzuschaffen.

Nein, liebe Stadtverwaltung Eberswalde, als Straßenbaulastträger muß hier auch wegen Gefahr in Verzug gehandelt werden und die rechtswidrige Anbringung kostenpflichtig durch die Stadt entfernt werden.

Das gleiche gilt jedoch auch für die Plakatierung entlang der Geh- und Radwege in unserer Stadt. Hier tun sich besonders die anderen Parteien hervor. Viele Plakate hängen so weit runter, daß Radfahrer oder Fußgänger dagegenstoßen. Es ist ein Wunder, daß es hier noch nicht zu körperlichen Schäden gekommen ist.

Die Stadtverwaltung sollte mal in ihre eigenen Bescheide schauen. Dort wurden Auflagen erteilt, wie zum Beispiel der, daß die Unterkannte der Plakate nicht unter 2,55 Meter über dem Boden liegen darf und daß an Kreuzungen, Verkehrsleitsystemen und amtlichem Verkehrszeichen nicht plakatiert werden darf. Diese Auflagen berechtigen dazu, daß die Stadt hier auch aktiv und umgehend die Einschränkungen beseitigt.

Viele Kommunen im Barnim setzen dies auch so um. Warum Eberswalde nicht? Liegt es daran, daß selbst die Partei des BGM sich daran nicht hält?

HEIKO SCHULT

Weihnachtsmarkt ohne Udo

Planungssicherheit und Vertrauen fehlen

Ich habe mit meiner Agentur den Eberswalder Weihnachtsmarkt, nach einem »Testjahr« 2009, bereits in den Jahren 2010 bis 2019 betrieben. Bei den ursprünglichen konzeptionellen Überlegungen ging es um nicht mehr und nicht weniger als eine komplette Neuausrichtung des städtischen Weihnachtsmarktes.

Ich habe nicht nur angeregt, aus dem zweitägigen ein zehntägiges Fest zu machen, sondern auch klar formuliert, daß der Markt auf den zentralen Platz der Stadt gehört und seine gesamte Fläche nutzt. Schon damals ist von einem befriedeten Ort die Rede, den man durch »stilisierte Tore« betritt... »Die Zusammenstellung der Stände verzichtet konsequent auf Angebote, wie man sie beispielsweise von verschiedenen Wochenmärkten kennt, wie Handytaschen, Unterwäsche, Bürsten in allen Variationen etc.«... Am Schönsten ist jedoch, die über die Jahre stetig gewachsene Akzeptanz zu spüren und eine so große Publikumsresonanz zu erfahren.

Auf der in den vergangenen Jahren gelegten Grundlage wollte »Udo Muszynski Konzerte + Veranstaltungen« den Weihnachtsmarkt Eberswalde sehr gern auch in den nächsten Jahren, also im Zeitraum 2020 bis 2024, weiterentwickeln. Offen für Hinweise, Austausch und Anregungen war es jedoch für mich grundlegend und entscheidend, mein Konzept des Weihnachtsmarktes als ein Gesamtkonzept zu interpretieren. Die einzelnen »Bausteine« des Weihnachtsmarktes sind nicht zufällig gewählt, sondern beziehen sich aufeinander, bedingen sich mitunter sogar zwingend...

Das Gesamtkonzept ist auch an gewisse finanzielle, organisatorische und nicht zuletzt zwischenmenschliche Arbeitsbedingungen geknüpft, die bestimmte Elemente und eine friedliche und gedeihliche Atmosphäre – sowie auch eine seriöse Planung! – überhaupt erst ermöglichen. Es kann nicht losgelöst von ihnen betrachtet werden. Zu nennen ist hier z.B. die auf Vertrauen basierende, respektvolle und kooperative Zusammenarbeit mit allen Gewerken... (Ämter der Stadt Eberswalde, Händlerschaft, Künstlergruppen, Technik-Team etc.)... Das Konzept ist auch an Bedingungen geknüpft, die nicht »greifbar«..., aber sehr deutlich spürbar sind. Zu nennen ist hier beispielsweise der bedingungslose Zugang für alle Menschen und eine friedliche Atmosphäre...

Ich trete von der Ausschreibung zurück, da diese voraussetzenden Bedingungen für das Gesamtkonzept aktuell und auch auf absehbare Zeit nicht gegeben sind bzw. sein werden. Die Grundlage fehlt ... vor allem allgemeine Planungssicherheit und die Bereitschaft der Stadtverwaltung, meinem Konzept und meinen Erfahrungen weiterhin in dem Maße zu vertrauen, wie es für die Umsetzung nötig wäre. Beides ist aktuell nicht gegeben, was es mir unmöglich macht, weiter handlungsfähig zu bleiben... UDO MUSZYNSKI (gekürzt – bbp)

Steinbachs Angriff auf das Verbandsklagerecht

Die Konflikte um die Tesla-Fabrik nimmt der brandenburgische Wirtschaftsminister Prof. Steinbach zum Anlaß, einen rhetorisch wirkungsvollen Angriff auf das Verbandsklagerecht der Umweltverbände vorzutragen.

Da ist mit Blick auf das Bundesimmissionschutzgesetz und der damit verbundenen Genehmigungsverfahren davon die Rede, man befinde sich »vielleicht in einem Tunnel der Betriebsblindheit und sehe möglicherweise nicht die Punkte, die einer Modernisierung und Entbürokratisierung bedürfen«. Notwendig sei eine Debatte über eine zügige Reform des Planungsrechts. Steinbachs Ziel ist eine Beschränkung des Klagerechts der Umweltverbände zur Verkürzung der juristischen Verfahren: »Dazu gehört die Frage, inwieweit die Zahl der gerichtlichen Instanzen reduziert werden kann.«

Dabei hat der Minister nicht nur die Rechtsstreite um die Tesla-Fabrik im Auge, sondern auch den Ausbau der Strom-Übertragungsnetze. »Hier werden Trassen über Jahre beklagt, mit dem Ergebnis, daß wir Ausbaugeschwindigkeiten haben, die von jeder Landschnecke getoppt werden... So etwas können wir uns einfach nicht mehr leisten, wenn wir klimaneutral werden wollen.«

Damit greift Steinbach die Urteilsschelte des Vorsitzenden der Geschäftsführung von 50 Hertz Stefan Kapferer auf, dessen geplantes 380kV-Freileitungsbauvorhaben vom Bundesverwaltungsgericht durch einen Beschluß von 15.6.2021 mit einem Baustopp für 2/3 der geplanten Trasse wegen strittiger Fragen zum Vogelschutz belegt worden ist. Diese Äußerung des Ministers zeugt von erschreckend geringer Sachkunde, wenn man sie nicht einfach als bloße Fensterrede für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) abtun will.

In der Tat dauert der Konflikt um die geplante 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen nun schon gut 13 Jahre an. Die von Vattenfall begonnene und später von 50 Hertz fortgeführte Planung war von Anfang an umstritten. Bereits im Raumordnungsverfahren (2007/8) ist das Vorhaben wegen der Querung großer Schutzgebiete als nur »bedingt genehmigungsfähig« beurteilt worden. Die für das Raumordnungsverfahren Verantwortlichen hätten damals das Vorhaben ablehnen können und damit der Region einen langwierigen Konflikt erspart. Dazu hatte sie nicht die Kraft. Sie haben den Schwarzen Peter der Genehmigung einfach an den nächsten Akteur weitergereicht. Sollten doch die Planer zusehen, wie sie eine rechtskonforme Planung hinbekommen.

Durch die Aufnahme des Leitungsbauvorhabens in den Katalog der beschleunigt auszubauenden Projekte im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG, 2009), ein Akt fahrlässiger Gesetzgebung der Bundestagsmehrheit von CDU- und SPD-Abgeordneten, fühlten sich die Planer der Trasse bestätigt und spekulierten auf die politische Rückendeckung ihres Vorhabens. Zugleich wiesen sie jede Kritik am Projekt mit dem Verweis auf gesetzlich festgeschriebene Vordringlichkeit des Vorhabens zurück. Im Schulterschluß mit der brandenburgi-



Die Masten der umstrittenen 380kV-Leitung von Bertikow nach Neuenhagen, die zwischen dem Brandenburgischen Viertel und Finow-Ost die Stadt Eberswalde queren, sind wesentlich höher als die der Bestandsleitungen (220kV und 150 kV). Nach der Inbetriebnahme der 380kV-Freileitung soll die 220kV-Leitung abgebaut werden.

schen Staatskanzlei und dem Wirtschaftsministerium wurden die im Beteiligungsverfahren vorgebrachten Einwände der betroffenen Landkreise, Städte, Ämter und Gemeinden vom Tisch gewischt. Auch die 2000 Unterschriften von Betroffenen, die unsere BI im Herbst 2008 gesammelt hatte und die rund 500 Einwendungen im Beteiligungsverfahren 2012, blieben ohne Resonanz, wie auch die wissenschaftlichen Gutachten von Prof. Jarass zu den technischen Alternativen, von Dr. Oberfeld zu den gesundheitlichen Risiken sowie von Dr. Henne und von Prof. Peters zu den Auswirkungen der Leitung auf das Landschaftsbild.

Der 2014 ergangene Planfeststellungsbeschluß wurde nach der Klage des NABU-Brandenburg u.a. vom BVerwG am 21.1.2016 als »rechtswidrig und nicht vollziehbar« erklärt. Die breit aufgestellte Klage war, wie der Gerichtsvorsitzende Prof. Dr. Rubel in der mündlichen Urteilsbegründung erklärte, »überwiegend erfolgreich«. Der gemeinsame Appell von Städten, Ämtern, Gemeinden und Umweltverbänden an den Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke des Landes Brandenburg, zur Beilegung des Konflikts einen runden Tisch aller Beteiligten zu organisieren und zu moderieren, den unsere Bürgerinitiative (2016) nach dem Erfolg vor dem Bundesverwaltungsgericht angeregt hatte, verhallte wirkungslos. Man muß hier von einem beispiellosen Politikversagen sprechen.

Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium setzten ganz auf die Zusage von 50 Hertz, man werde in dem vom Gericht ermöglichten Planergänzungsverfahren alle naturschutzfachlichen Bedenken, die zu der Entscheidung des BVerwG geführt hatten, ausräumen.

Vier Jahre nach dem Spruch des BVerwG erteilte das LBGR im August 2020 mit seinem Bericht zum Planergänzungsverfahren eine neue Plangenehmigung, die allerdings nach gründlicher Prüfung durch unsere Experten und unseren Anwalt viele Ansatzpunkte für eine Klage bietet, die im September 2020 fristgerecht eingereicht wurde. Die jüngste Entscheidung des BVerwG im Rechtsschutzverfahren hat unsere Klage insoweit bestätigt, als eingeräumt wurde, daß die zentralen Fragen, die die Klage aufwirft, einer gründlichen Untersuchung in der Hauptverhandlung bedürfen.

Blickt man nüchtern auf diesen Konfliktverlauf, dann muß man schlicht konstatieren, daß es 50 Hertz in den 15 Jahren, in denen die Experten des Netzbetreibers an dem Vorhaben arbeiten, nicht gelungen ist, eine rechtssichere Planung vorzulegen, obwohl alle Einwände, die in den beiden Klageverfahren vorgebracht wurden im Beteiligungsverfahren (2012-2014) bereits vorgetragen und eingebracht worden sind. Der Erfolg unserer Klage liegt also nicht an den aufwendigen und komplizierten Genehmigungsverfahren, sondern an der rechtswidrigen Planung, die vom Vorhabenträger 50 Hertz eingereicht und von der Genehmigungsbehörde (LBGR) abermals nicht zurückgewiesen wurde, obwohl die Rechtslage klar ist.

Wenn Minister Steinbach davon spricht, man müsse den Rechtsweg verkürzen, dann weiß er offensichtlich nicht, daß im EnLAG diese Verkürzung des Rechtswegs bereits für alle die EnLAG-Projekte gilt. Hier ist das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) erste und letzte Instanz. Hier ist der Rechtsweg schon so weit verkürzt, daß der nächste Schnitt seine Abschaffung wäre. Wenn sich aber die Vorhabenträger und die Genehmigungsbehörde in ihrer Planungs- und Genehmigungspraxis nicht an die Gesetze halten, dann hilft, solange das Gericht noch unparteiisch urteilt, auch die Verkürzung des Rechtswegs auf eine Instanz nichts, wie im Fall der »Uckermarkleitung« klar zu erkennen ist. Der Minister täte gut daran, den dortigen Verantwortlichen eindringlich ins Gewissen zu reden. Der Minister sollte sich über die Funktion des Rechts informieren.

Die Herrschaft des Rechts hat eine Befriedungsfunktion. An die Stelle der Macht des Stärkeren und des gewalttätigen Konfliktausgangs ist die Herrschaft des Rechts und des zivilisierten Verfahrens des Rechtsstreits getreten.

Wenn der Richterspruch durch willkürliche Eingriffe seitens der Exekutive oder durch fragwürdige Gesetzgebung seine Legitimation verliert, ist der soziale Frieden in Gefahr. Das kann der Minister nicht wollen. Was also soll diese flotte und leichtfertige Rede von der Einschränkung des Verbandsklagerechts und der Verkürzung des Rechtswegs?

HARTMUT LINDNER

Seit Sonntagabend wird zurückgeschossen

Nun werden sie also von Bomben und Cruise Missiles umgewühlt, die Ruinen von Kabul. Terroristische Ziele werden getroffen, wie das Flugkontrollzentrum des Kabuler Flughafens. Vermutlich längst verlassene Ausbildungslager Bin Ladens sollen auch beschossen worden sein. Am Sonntagabend hat die stärkste Militärmacht der Welt mal wieder losgeschlagen. Kanzler Schröder beeilte sich, »vorbehaltslose Unterstützung für die Angriffe« zu signalisieren.

»Gegenschlag« nennt man das Ganze. Das vordergründige Abreagieren zeugt von gewisser Hilflosigkeit. Zwar wurde ein Feind gesucht und in den Taleban schließlich auch gefunden. Bin Laden und seine Organisation, deren Schuld an die Terroranschläge vom 11. September angeblich bewiesen sei, dürften sich jedoch längst in Sicherheit gebracht haben. Und selbst die Taleban-Milizen flüchteten zum größten Teil an die Front zur Nordallianz und

sind dort in relativer Sicherheit vor den Luftangriffen. Über viel Kriegsgerät, das zerstört werden kann, verfügen die Taleban nicht. Was sie haben ist meist hoffnungslos veraltet und taugt nur für die afghanischen Stammeskriege, bei denen die Gegenseite auch nichts moderneres hat.

Dabei ist der Sturz der Taleban gut möglich, die haben genügend innere Feinde. Der Krieg könnte also sogar mit einem Erfolg abgerechnet werden. Doch die vermuteten Strukturen des internationalen Terrorismus werden fortbestehen. Die können mit Cruise Missiles nicht getroffen werden. Mehrere Beiträge in dieser BBP, in denen noch auf unkriegerische Lösungen gehofft wurde, beschäftigen sich mit der Sinnlosigkeit militärischer Schläge.

Was also bleibt? Eine PR-Aktion für den US-Präsidenten, »Kollateralschäden« in Afghanistan, neue Fronten im dortigen Bürgerkrieg

und eine Menge verschwendetes Geld, mit dem so manche Widersprüche in der Welt hätten ausgeglichen werden können.

Der ORB/SFB-Sender Radio 1 hat am Sonntagabend sofort das Programm umgestellt. Neben aktuellen Informationen vom Kriegsschauplatz wurde zunächst vorwiegend Instrumentalmusik gespielt. »Mir fehlen die Worte«, sagte die Moderatorin. Sie fühle sich, als hätte sie einen dumpfen Schlag auf den Kopf bekommen. Benommen, unwirklich. Doch der Krieg ist bittere und sinnlose Wirklichkeit.

Wie in vielen deutschen Städten versammelten sich am Montag auch in Eberswalde Kriegsgegner, um ihren Protest gegen die Militärschläge und die ausgerufene vorbehaltslose Unterstützung durch die BRD auszudrücken.

GERD MARKMANN

(aus »Barnimer Bürgerpost« 10/2001)



Friedensdemo in Eberswalde im Oktober 2001.

Weltfriedenstag 2021

von Albrecht Triller

Der diesjährige Weltfriedenstag findet im 80. Jahr nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion statt, in dem 24 Millionen Sowjetbürger den Tod fanden. 70 Millionen Menschen weltweit starben im zweiten Weltkrieg. In den letzten Kriegstagen wurde auch die Eberswalder Innenstadt zerstört. Es war die deutsche Luftwaffe, die am 25. April 1945 das Stadtzentrum von Eberswalde in Schutt und Asche legte.

Trotz der relativen Friedensperiode in Mitteleuropa seither ist der Frieden äußerst gefährdet. Gegenwärtig laufen auf der Welt etwa 40 größere und kleinere militärische Konflikte.

Dem zweiten Weltkrieg folgte ein atomares Wettrüsten der Großmächte. Heute – 30 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges – gibt es weltweit 13.400 kleine und große Atomsprengeköpfe. Dieses Potential reicht aus, das Leben auf unserem Planeten auszulöschen.

In diesem Jahr jährt sich zum zwanzigsten Mal der Anschlag auf das World Trade Center in New York. Am 11. September 2001 brachten zwei von al-Qaida-Piloten gesteuerte Flugzeuge die Zwillingtürme zum Einsturz und boten damit den Anlaß für den Afghanistankrieg. Erst jetzt sind die ausländischen Truppen aus Afghanistan abgezogen. Aber was kommt jetzt?

Müßte man nicht Lehren ziehen aus der unheilvollen Politik der Rüstung, der Drohung und der Waffenentwicklung und ihres Einsatzes? Die Welt braucht endlich Frieden und Verständigung. Da setzt die Menschheit Hoffnungen auf den Truppenabzug aus Afghanistan, und schon werden wieder Waffen eingesetzt und Menschen getötet.

Es ist auch zwanzig Jahre her, daß sich Vertreter verschiedener Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen in Eberswalde trafen.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Presseerklärung des »Bündnis für Frieden«:

Krieg löst kein einziges Problem

Am 1. Oktober 2001 haben VertreterInnen verschiedener Organisationen und Initiativen sowie Einzelpersonen in Eberswalde über die Folgen des Terroraktes in den USA diskutiert und das Eberswalder »Bündnis für Frieden« gegründet. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Täter verfolgt werden müssen, die – aus welchen Gründen auch immer – den Terror gegen Menschen wenden. Die TeilnehmerInnen der Runde meinen aber, daß massive militärische Schläge gegen ein anderes Land oder Volk zur Bekämpfung solchen Terrors völlig ungeeignet sind, weil sie die Probleme nicht lösen, sondern sogar zu falscher Solidarisierung und zur Gefahr der Eskalation führen können.

Wir wenden uns gegen Rache und Vergel-

tung! Es darf auch keine Stigmatisierung der hier lebenden Muslime geben und es dürfen keine neuen Feindbilder entstehen. Wir appellieren an die deutsche Regierung, keine Militärintervention zu unterstützen, dagegen verstärkt die sozialen und politischen Ursachen zu bekämpfen, die Terrorismus begünstigen.

UnterzeichnerInnen:

Jans Noack, Volker Passoko, Albrecht Triller, Jens Gröger, G. Tennemann, Herma Härtel, Rolf Richter, Jenny Uhlig, Christian Rehmer, Armin Eichhorn, Tamás Blénessy, Anja Worm, Frank Stein, Gerd Markmann, Ingeborg Kolitsch, Gisa Rothe, Cornelia Rutscher, Mohamed Hamdali, Michael Ahlers, Kordula Steinke
(aus »Barnimer Bürgerpost« 10/2001)

Fortsetzung von Seite 7:

A. Triller: Weltfriedenstag 21

Sie kamen zusammen, um sich mit den Kriegsgefahren, Terrorakten und Kriegen auseinanderzusetzen. Am 1. Oktober 2001 gründeten sie das »Bündnis für den Frieden Eberswalde« .

Das Bündnis für den Frieden organisierte vielfältige Aktivitäten. Seither gab es auch am jährlichen Weltfriedenstag, so wie heute, Veranstaltungen auf dem Eberswalder Marktplatz.

In unseren Veranstaltungen kamen international bekannte Persönlichkeiten zu Wort, wie der ehemalige Finanzminister Romberg, Dr. Almut Notnagel (ökumenische Missionarin), der Palästinenser Abdullah Hejazi, Dr. Fred Klinger (katholischer Friedensaktivist), Generalsuperintendent a.D. Schuppan Eberswalde, Prof. Kurt Pätzold, Prof. Heinrich Fink u.a. Auch unser Bürgermeister Herr Boginski hat hier gesprochen. (und im übrigen der Erwartung des Bündnis für den Frieden Eberswalde zum Beitritt des Bürgermeisters von Eberswalde beim Städtebündnis »Mayors for Peace« entsprochen).

Unser Kampf als Bündnis – und unser Kampf als Menschheit – ist nicht beendet. Die Entwicklungen in Afghanistan – und in der Welt insgesamt – zeigen uns den Ernst der Lage. Daß die USA den jüngsten Terroranschlag am Kabuler Flugplatz mit Gegenterror beantworten beweist, daß Präsident Biden und die US-Regierung aus dem zwanzigjährigen Afghanistankrieg nichts gelernt haben und weiter Weltpolizist spielen.

Wir müssen die bevorstehenden Bundestagswahlen nutzen, unseren unabdingbaren Friedenswillen deutlich zu machen, und von den Abgeordneten und von der Bundesregierung eine wahre Friedenspolitik fordern. Erste und wichtigste Hauptforderung der Friedensbewegung ist: **Abrüsten statt aufrüsten!**

Für die anstehenden Bundestagswahlen lauten unsere wichtigsten friedenspolitischen Wahlprüfsteine:

- Atomwaffenverbot. Unverständlich, daß die BRD dem Atomwaffenverbotsvertrag immer noch nicht beigetreten ist. Ebenso wenig wie die offiziellen und De-facto-Atommächte und die NATO-Staaten (außer Niederlande)

- Rüstungsexporte einstellen. Frieden schaffen ohne Waffen.

Die fünf größten Waffenexporteure der Welt sind die USA, Rußland, Frankreich, Deutschland und China.

- Frieden entwickeln. Friedenssicherung durch eine ganzheitliche Friedenspolitik für eine nachhaltige, gerechtere und friedliche Zukunft für alle Menschen.

Dafür gilt es zu kämpfen!

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de

Solidarität praktizieren!



Mit dabei am Weltfriedenstag 2021: Der Chor IWUSCHKA.

Der diesjährige Weltfriedenstag hat einen besonderen Aspekt: Der Bundestagswahlkampf ist in seine heiße Phase eingetreten und die Reden der Parteien enthalten schärfere Worte. Sie sind ohne Ausnahme geprägt von der peinlichen Niederlage der USA und ihrer NATO-Verbündeten im Afghanistan-Krieg, die mit einer chaotischen Flucht des US-Militärs am 31. August, also gestern, zunächst seinen Abschluß fand. Es war ein Krieg, der seinem Inhalt und seinen erklärten unrealistischen Zielen von Beginn an vor 20 Jahren expansionistisch und rassistisch geprägt war. Es war ein falsch motivierter Überfall des stärksten imperialistischen Landes, um einem zerstrittenen Volk mit militärischer Gewalt von außen die Segnungen der westlichen Demokratien mit ihrer sogenannten »Wertegemeinschaft« überzustülpen.

Daß die BRD-Regierung sich dabei in ein außenpolitisches Debakel verding, nach Aufwendung von 12,5 Milliarden Euro und der Opferung von 59 Bundeswehrsoldaten, ist nicht nur bedauerlich, sondern zeugt von politischer Unfähigkeit des Systems. Denn nicht nur die Regierungsparteien, sondern alle im Bundestag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der PDS, heute die Partei »Die Linke«, haben sich zu diesem militärischen Abenteuer bekant. Damit hat sich das Parteienwahlsystem zum Bundestag selbst disqualifiziert.

Tausende und Abertausende von Unterschriften friedensorientierter Menschen in nicht parteigebundenen Organisationen (z.Zt. mehr als 183.000) fordern Abrüstung, Friedenspolitik, Antirassismus, Antisemitismus und mehr Demokratie für sich ein. Siebzig Prozent der Bevölkerung sind mit der gegenwärtigen Regierungspolitik nicht einverstanden.

In vielen Städten und Gemeinden finden in diesen Tagen Protestkundgebungen gegen die erneuten Zusagen der Regierungskoalition zur Erhöhung der Militärausgaben auf 2 % des Bruttosozialprodukts statt. Das darf nicht sein!

Jegliche weitere Militarisierung ist auf kriegerische Auseinandersetzungen mit Zerstörung, Expansion und Unterdrückung ausgerichtet. Zu diesem Zweck werden Bedrohun-

gen erfunden, die es nicht gibt. Was uns bedroht, ist die unendliche Sucht nach Reichtum, der, ob man es will oder nicht, auf dieser Erde seine Grenzen hat.

Der erkennbare Klimawandel zeigt uns fast täglich, daß sich die Natur gegen ihre überfordernde Ausbeutung wehrt.

Die jungen Leute in »Friday 4 Future« haben den Anstoß zum Abrücken von maßlosem Wirtschaftswachstum gegeben. Die anhaltenden Naturkatastrophen in weiten Teilen der Erde sind der Beweis für falsche Wirtschaftspolitik. Sie hat keine Zukunft aufzuweisen, sondern führt in den Untergang.

Zur Bedrohungslüge: Wenn der »Koloß Asien« jetzt seine Glieder reckt, daß es man nur so knastert, dann ist das keine Bedrohung, sondern ein Zeichen, uralte Unterdrückung durch fremde Mächte abzuwerfen und ein selbständiges Leben in Gleichberechtigung zu entwickeln. Lenins Rußland hat es vor über hundert Jahren begonnen und China praktiziert es seit 1949 mit beachtlichem Erfolg.

Wenn die Afrikaner sich besinnen, nicht länger nur Sklaven europäischer Ausbeuter zu sein, sondern gleichwertige Teilhaber an einem kultivierten Leben ohne ständige Angst vor Dürren und Übervorteilung durch ausländische Okkupanten zu sein, dann, wer te Politiker, gilt es darüber nachzudenken, ob eine Wiederholung der Ausrottung der Ureinwohner Amerikas durch die hochkultivierten Weißen, Afrika eine moderne Wiederholung eines solchen Genozids erfahren soll. Nicht die Natur vertreibt die Menschen aus ihren angestammten Gebieten, sondern die Überheblichkeit und Raffsucht des Finanz- und Wirtschaftskapitals.

Es ist schon des Nachdenkens wert, ob es eine Handvoll Milliardäre und zehn Prozent von Hunger, Durst und ohne Obdach vegetierende Arme, die immer mehr werden, geben muß und auf Dauer das richtige Verhältnis auf der Welt und auf alle Zeiten darstellen soll.

Bedenken wir an dieser Stelle: Es reicht nicht, zur Solidarität aufzurufen, sondern sie zu praktizieren. Wer mit wem, das ist die Frage.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Vorneverteidigung in Mali fordert Opfer

Die NATO-Niederlage in Afghanistan und der Abzug der Bundeswehr aus diesem Land hat die übrigen Länder, in denen die Bundesrepublik militärisch interveniert, aus dem Blickfeld verdrängt. Erst Ende Juni waren im westafrikanischen Mali bei einem Überfall auf eine Patrouille der Bundeswehr zwölf deutsche Soldaten und ein belgischer Soldat verletzt worden, davon drei schwer.

Ein Selbstmordattentäter hatte die Bundeswehr-Patrouille bei der Ortschaft Tarkint rund 140 Kilometer nördlich von Gao angegriffen. Die Bundeswehrgesoldaten sollten den Konvoi eines malischen Bataillons sichern. Der Angreifer zündete eine Autobombe gegen rund 25 Fahrzeuge, die in einer temporären Wagenburg aufgestellt waren. Die Verletzten Soldaten wurden mit zivilen Helikoptern und Hubschraubern der UNO und der französischen Armee nach Gao in Sanitätseinrichtungen gebracht und am nächsten Tag mit einem Airbus A400M, der auch als fliegende Intensivstation einsetzbar ist, in die BRD ausgeflogen. Auch die unverletzten Überlebenden der Patrouille wurden an den folgenden Tagen nach Gao zurückgeführt.

Die UN-Mission MINUSMA, in deren Rahmen die Bundeswehr in Mali aktiv ist, hat einen Auftrag zur Stabilisierung des Landes, in dem islamistische Terrorgruppen aktiv sind. Rund 900 deutsche Soldaten sind an dem UN-Einsatz beteiligt. Der Großteil von ihnen ist im Camp Castor, unmittelbar neben dem Flughafen von Gao, stationiert.

Eine knappe Woche vor dem Anschlag hatte Bundeskriegsministerin Kamp-Knarrenbauer bestätigt, daß erneut Transporthubschrauber

nach Mali geschickt werden. Der UNO sei es zuletzt nicht mehr gelungen, Partnernationen zu finden, die Hubschrauber bereitstellen. Mit dem Ende des Afghanistan-Einsatzes stünden nun der Bundeswehr wieder einsatzfähige Fluggeräte zur Verfügung. Wie der Anschlag zeigt, sind diese Transporthubschrauber nicht zuletzt für die Rettungskette für außerhalb des Feldlagers in Gao verwundete Soldaten wichtig.

Der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag Gregor Gysi forderte indes den Abzug der Bundeswehrgesoldaten aus Mali. Der Einsatz sei von Anfang an falsch gewesen und es sei »höchste Zeit, die Soldaten abzuführen«. Erst im Mai hatte es einen zweiten Militärputsch in Mali gegeben. Assimi Goïta, der beide Putsche angeführt hatte, war zuvor unter anderem in der BRD ausgebildet worden.

Der MINUSMA-Einsatz der UNO gilt mit fast 250 Todesopfern – selbstverständlich werden hier die Einheimischen nicht mitgezählt – als der derzeit gefährlichste Einsatz der Vereinten Nationen. Neben den 900 MINUSMA-Soldaten hat die Bundeswehr bis zu 600 Soldaten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission (EUTM) in Mali im Einsatz.

(Quelle: diverse Pressemeldungen, u.a. Spiegel-online, Sputnik, ZDF, Junge Welt)

Krieg der Türkei im Nordirak:

Mit Bomben gegen Jesiden

Bereits vier Monate währt die Offensive der türkischen Armee im Norden Iraks, vom kurdischen Volk als Südkurdistan bezeichnet. Die Berge in der Nähe der türkischen Grenze sind Transit- und Rückzugsräume für die Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Deren Volksverteidigungskräfte (HDP) zogen im Juli eine positive Zweimonatsbilanz. Die türkische Großoffensive hatte am 24. April begonnen. Trotz ihrer technologischen Überlegenheit und der Unterstützung der NATO, die den nordirakischen Luftraum freigab, konnte die türkische Armee den Widerstand der in halbautonomen Kleingruppen aus unterirdischen Stellungen heraus operierenden Guerilla nicht brechen. Mehr als 60mal habe die Armee versucht, in die Tunnelsysteme einzudringen, 17mal sind dabei chemische Kampfstoffe eingesetzt worden. Die HDP hatte dafür schon mehrfach Beweise vorgelegt, aber im Gegensatz zu früheren Giftgasvorwürfen in Syrien interessiert sich kaum jemand dafür. Ihre Verluste beziffert die HDP mit 54 gefallenen Kämpferinnen und Kämpfern, die der türkischen Armee mit 389 getöteten Soldaten. Angaben der Gegenseite oder von anderen liegen nicht vor.

Ende Juni haben türkische Kampfflugzeuge dann erstmals Dörfer in der Ninive-Ebene bombardiert. Dort leben insbesondere Angehörige der jesidischen Glaubensgemeinschaft. Die Jesiden waren 2014/15 in aller Munde, als diese kurdische Volksgruppe vom Völkermord durch den Islamischen Staat bedroht war. Vor allem bewaffnete Kräfte der PKK hatten damals den Genozid verhindert. Damals wollte auch die Stadt Eberswalde Jesiden aufnehmen, die vom Islamischen Staat verklavt worden waren.

Auch wenn die kurdische Guerilla von der Türkei militärisch nicht besiegt werden kann, bleibt es offensichtliches Ziel der Türkei, durch permanente Angriffe und Bombardierungen die ansässige Dorfbevölkerung zu vertreiben, um im nordirakischen Grenzgebiet die Familien dschihadistischer Söldner, die im Dienst der Türkei stehen, anzusiedeln, wie es bereits im nordsyrischen Afrin praktiziert wurde.

Derweil liefert die BRD weiterhin Waffen und andere Rüstungsgüter an die Türkei. Zugleich werden die PKK und andere kurdische Organisationen seit Jahren in der BRD als Terrororganisation verfolgt.

G.M.

Atomkrieg in Deutschland

»Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts« zitiert der Berliner Physiker Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke Willi Brandt und meint: »Ohne Frieden sind Klima und Corona unwichtig«. Wernicke ist Autor des Youtubevideos »Atomkrieg in Deutschland ab 2025«¹ und ruft darin auf, unbedingt eine Partei zu wählen, die den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen will.

Kaum jemand bekommt es mit, verdeckt hinter Corona und Wahlkampf: Das gefährliche Raketenduell der 1980er Jahre – Schlagworte »NATO-Nachrüstung« und »Pershing-Raketen« – kehrt zurück, zwischen den USA und Rußland, wieder mit Deutschland als dem Schlachtfeld. Der Youtube-Film mit dem Aufruf »Atomkrieg in Deutschland ab 2025« beschreibt, was sich auf dem Gebiet unbemerkt entwickelt hat seit US-Präsident Trump 2019 den INF-Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen gekündigt hat:

Neue amerikanische Mittelstreckenraketen sind im Bau, Lieferung ab 2024. Russische Raketen wurden bereits in der Enklave Kaliningrad stationiert, vormals Königsberg in Ostpreußen, 500 km bis Berlin, 1000 km bis zu den europäischen Befehlszentralen der USA, sämtlich in Deutschland, tief unterirdische Bunker.

Der Film beschreibt ein Szenario, das ab Einsatzbereitschaft der neuen amerikanischen Pershings, also ab 2025 zu erwarten ist und versucht auch, die russische Sicht auf die Situation aus der Geschichte der russisch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 zu beleuchten. Dem dient unter anderem ein geschichtlicher Abriß der NATO-Aktivitäten.

Sein Fazit sind Überlegungen, wie mit der bevorstehenden Bundestagswahl die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffenverbotsvertrag erreicht werden kann.

(ICAN)

* Filmtrilogie »Atomkrieg in Deutschland«, Teil 1: www.youtube.com/watch?v=vmcyv0sKx9Y
Teil 2: www.youtube.com/watch?v=xHfpgdRS1X4
Teil 3: www.youtube.com/watch?v=tP7FFBpA7EU

Kleine Galerie Eberswalde:

»Made in Jäckelsbruch«

Eberswalde (prest-ew). Am Mittwoch, dem 15. September, um 18 Uhr, wird in der Kleinen Galerie anlässlich des 70. Geburtstages des bereits 2014 verstorbenen Horst Engelhardt die Ausstellung mit seinen Werken und denen seines Sohnes Jörg Engelhardt (Bildhauer) unter dem Motto »MADE IN JÄCKELSBRUCH« eröffnet. Die Laudatio hält Prof. Gerhard Ihrig. Die musikalische Begleitung übernehmen Birgit Debernitz und Noah Hassan auf ihren Gitarren.

Geöffnet ist »MADE IN JÄCKELSBRUCH« bis zum 24. November 2021 zu den Öffnungszeiten der Sparkasse Barnim im SparkassenForum in der Michaelisstraße 1. Die aktuell gültigen Coronaregeln sind zu beachten.

Ganzheitliche Ernährung (10)

In Deutschland leiden mehr als sechs Millionen Menschen an Diabetes und jedes Jahr sind mehr Menschen davon betroffen. Bisher bedeutete die Diagnose Diabetes das lebenslange Spritzen von Insulin.

Symptome einer Diabetes sind Kraftlosigkeit, Müdigkeit, Unwohlsein, Sehstörungen, ein ständiges Durstgefühl und damit einhergehend ein erhöhter Harndrang, eine größere Neigung zu Infekten, trockene Haut, die sich in Juckreiz äußert.

Insulin wurde 1922 patentiert und hat seitdem Millionen von Menschen das Leben gerettet. Allerdings macht Insulin als unerwünschte Nebenwirkung dick und diese Gewichtszunahme führt zu einem immer höheren Insulinbedarf. Noch mehr Insulin macht noch dicker, Folge davon ist ein noch höherer Insulinbedarf.

Ein Teufelskreis hat begonnen. Es gibt zwei Typen von Diabetes: Typ-1 ist eine Autoimmunkrankheit, die nach wie vor unheilbar ist. Das Immunsystem zerstört die Zellen der Bauchspeicheldrüse, so daß diese kein Insulin mehr produzieren kann. Betroffene sind deswegen auf die Gabe von Insulin angewiesen.

Bei Typ-2 bildet sich dagegen bei der richtigen Therapie die Insulinresistenz oft zurück, so daß der Körper den Blutzuckerspiegel wieder allein regulieren kann. Eine abgestimmte Behandlung in Kombination mit Bewegungstherapie und einer bewußten Ernährungsstellung stellt eine realistische Chance dar, langfristig die bisherige Medikamentendosis zu verringern. Ziel ist eine bedarfsgerechte Ernährung für Typ-2 Diabetiker. Dies bedeutet konkret: Kohlenhydrate abgestimmt auf den persönlichen Bedarf, dazu die richtige Menge an Eiweiß (siehe Teil 5) und mehr gesunde Fette (siehe Teil 6). Die eine richtige Ernährung für Diabetiker gibt es nicht.

Oft sind es schlechte Angewohnheiten, die unserer Gesundheit schaden. Bereits mit einigen wenigen Veränderungen ist eine deutliche Verbesserung des Langzeitblutzucker zu erreichen. Oft essen wir zu viel Brot und zu viel Obst, beides ist für Diabetiker nur vermeintlich gesund. Es ist also notwendig, den Lebensstil zu verändern. Eine Typ-2-Diabetes beginnt oft schleichend. Betroffene fühlen sich müde und schlapp. Dafür kann es auch andere Gründe geben, wie streßiger Alltag, Schlafprobleme etc. Diabetiker sind erschöpft, weil die Insulinresistenz dafür sorgt, daß die durch die Nahrung aufgenommene Energie nicht mehr vollständig in den Gehirn- und Muskelzellen ankommt. Bei Typ-2 hat diese Stoffwechselstörung oft jahrelang bestanden, ehe die ersten Folgeschäden auftreten. Folgeschäden können z.B. sein: Herzinfarkt, Schlaganfall, Netzhautschäden, Blasen Schwäche, Nierenleiden, höhere Anfälligkeit gegenüber Infekten, schlecht heilende Wunden an den Beinen und Füßen. Geeignete Lebensmittel für Diabetiker sind das Thema in Teil 11.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Nostalgie pur im »Haus am Werbellinsee«:

»Oldie trifft Oldie«



Foto: ALLOHEIM »HAUS AM WERBELLINSEE«

Erinnerungen an längst vergangene Zeiten weckte jetzt die große »Oldie-trifft-Oldie« Veranstaltung in der Alloheim Senioren-Residenz »Haus am Werbellinsee«.

Dort präsentierten Besitzer von Young- und Oldtimern Bewohnern, Fans und interessierten Bürgern der Region ihre »Schätze« auf dem Gelände der Einrichtung. Die gut erhaltenen Fahrzeuge sorgten bei Alt und Jung für große Begeisterung. Lautstarke Motoren, glänzender Chrom und nostalgische Kindheitserinnerungen: Beim diesjährigen »Oldie-trifft-Oldie«-Treffen am »Haus am Werbellinsee« verwandelte sich das Gelände der Einrichtung in einen Ausstellungsplatz für Automobile und Motorräder aus längst vergangenen Zeiten. Viele hatten die Möglichkeit genutzt, ihre bemerkenswerten Fahrzeuge zu präsentieren.

Besonders großen Spaß an der Ausstellung hatten die Alloheim-Bewohner. Viele unserer Senioren kennen die Oldtimer noch aus Zeiten, als diese noch maßgeblich das Straßenbild prägten. Viele Kindheits- und Jugenderinnerungen sind mit diesen Fahrzeugen verbunden. Das lädt natürlich zum Erzählen ein. Auch für

die Fans und Besitzer von »Oldies« sind Gespräche mit Zeitzeugen etwas ganz Besonderes. Man merkte, daß es auf beiden Seiten viele Geschichten zu erzählen gab!

Auch die jüngsten Besucher genossen das Treffen in vollen Zügen. Die Kinder und Jugendlichen kennen derartige Fahrzeuge wahrscheinlich nur noch aus alten Filmen. Insofern begeisterten die in Reih und Glied aufgestellten Fahrzeuge auch diese Generation. In einige Oldtimer-Fahrzeuge konnte man sich sogar selbst einmal hineinsetzen.

Mit den liebevoll restaurierten und gut erhaltenen Fahrzeugen haben die Besitzer der Old- und Youngtimer die Besucher generationsübergreifend gleichermaßen begeistert. Besonders unsere Bewohner werden sicher noch lange davon erzählen und diesen Tag in sehr positiver Erinnerung behalten.

SAMUEL WIEDEBUSCH,
Alloheim »Haus am Werbellinsee« Altenhof

Beindruckend und beklemmend

Annemarie Bruhns las aus »Joshua – ein Leben im Schatten«

Auf Einladung des Kulturvereins »Kunstbrücke Panketal e.V.« las die in Bernau lebende Annemarie Bruhns am 12. August im IB Mehr- generationenhaus Schwanebeck aus ihrem Debut-Roman »Joshua – Ein Leben im Schatten«.

JOSHUA ist ein Krimineller mit Migrationshintergrund. Jedenfalls ist das der Stempel, der ihm aufgedrückt wird. Er selbst hat sich nichts davon ausgesucht. In Berlin geboren und aufgewachsen, versucht er seinen Namen Joshua ebenso wie seine rumänische Herkunft zu verdrängen. Aber sein Vater ist der brutale Kopf einer Diebesbande und Joshua steckt tief in einem Strudel von Unterdrückung und Gewalt. Als Taschendieb trifft er auf Isabelle. Wie ein Hoffnungsschein dringt sie in seine Welt voller Dunkelheit. Dunkelheit aus der es kein Entrinnen gibt, die einen bis in die Nacht verfolgt. Als dann ein Schuß fällt und ein toter Polizist am Boden liegt, scheint für den jungen Mann jegliche Hoffnung verloren ...

Mit viel Verständnis legt Bruhns die Entwicklung des Protagonisten Joshua dar, seine Suche nach dem eigenen Weg durch das Leben.

Viele Jahre reifte diese Romanidee im Kopf der EDV-Fachfrau Annemarie Bruhns, ehe sie während der Coronakrise die Muße fand, das anspruchsvolle Projekt zu beenden.

»Mein Thema ist die Vorverurteilung« sagt die meist heiter und beschwingt wirkende Autorin über ihren Roman. »Zum einen erlebt der 'Held' des Buches Vorurteile seiner rumänischen Herkunft wegen. Zum anderen ist seine Familie tief in kriminelle Machenschaften verstrickt, die auch den Jungen Iosua auf die schiefe Bahn lenken. Wie ein Mensch mit dieser doppelten Vorverurteilung umgeht, wie die Umwelt auf ihn reagiert, ob und wie man es schaffen kann, sich von diesen Fesseln zu lösen – das versuche ich in meinem Buch zu ergründen.«

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.

Der Bus als Warenlieferant

Erfolgreicher Test des UCKER Warentakt

Seit April transportiert der UCKER Warentakt die Waren teilnehmender Einzelhändler nach Gerswalde und Flieth im Landkreis Uckermark. Das regionale Transportangebot, entwickelt und umgesetzt von der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft (UVG), verbindet den regionalen Einzelhandel, Dienstleistende sowie Kundinnen und Kunden mit dem Bus. Somit können nun letztere online oder telefonisch direkt bei den regionalen Händlern bestellen und bekommen ihre Waren per Bus geliefert.

»Beim Entwickeln der Projektidee war uns wichtig, innovative Ansätze mit bestehenden Infrastrukturen neu zu verknüpfen. Das ist uns mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft (UVG) als Kooperationspartner hervorragend gelungen«, sagt Projektmitarbeiterin EVA GREISCHEL. »Wir wollen ein neues Bewußtsein für regionale Waren und Anbieter schaffen, indem wir eine Möglichkeit bieten, die die Vorteile des Onlineshoppings mit den Qualitäten des lokalen Einzelhandels verbindet. Von der Idee konnten bereits sechzehn Händler in der Region überzeugt werden und wir arbeiten daran, daß sich der Kreis erweitert. Damit die Menschen in Gerswalde und Flieth im besten Fall alles, was sie brauchen, vor Ort durch den UCKER Warentakt geliefert bekommen können.«

Mit dem UCKER Warentakt soll die regionale Wertschöpfung gestärkt und zur Lebensqualität für alle im ländlichen Raum beitragen

werden, faßt der Projektleiter Prof. Dr. Alexander Conrad die Ziele zusammen, »damit das, was am nächsten dran ist, auch in der Nähe ankommt«. Wenn das Projekt in Gerswalde und Flieth erfolgreich ist, könne der UCKER Warentakt auf andere Orte im ländlichen Raum ausgeweitet werden, so der Professor. »Voraussetzungen sind eine Busanbindung und ein zentraler Anlaufpunkt im Ort.«

Anlaufpunkt für den UCKER Warentakt ist jeweils ein Laden im Ort. In Gerswalde ist dies der »Landhandel«, in Flieth der »bonUm gustUM« Regionalladen. Dort gibt es jeweils Aufsteller mit Händlerinformationen, was angeboten wird und wie bestellt werden kann. Die Kundinnen und Kunden können direkt in dem Laden bestellen. Die Lieferung erfolgt über den UCKER Warentakt in die Läden in Gerswalde und Flieth, wo die Waren bis zur Abholung für

die Kundinnen und Kunden aufbewahrt werden. Alle Informationen zu den Händlern und deren Angebote sind online unter www.uckerwarentakt.de abrufbar.

Genauso funktioniert es auch auf dem Rückweg. Verbraucherinnen und Verbraucher geben ihre Rücksendungen, die beispielsweise über Hermes oder DPD an die Online-Händler zurückgeschickt werden sollen, wie gewohnt mit Retouren-Label beklebt, im »Landhandel« Gerswalde oder im »bonUm gustUM« Regionalladen Flieth ab. Diese sammeln die Pakete und geben sie einmal täglich mit dem Bus der UVG mit. Dieser bringt die Pakete nach Prenzlau zum ZOB, wo ein kooperierender Paketshop die Rücksendungen abholt und an Hermes oder DPD übergibt. Damit schließt der UCKER Warentakt eine Lücke, denn bisher müssen die Menschen meist selbst in die nächste größere Stadt zu einem Paketshop fahren.

Der UCKER Warentakt ist ein Forschungsprojekt des Innovationbündnisses region 4.0 zur Förderung von Identität und Qualität durch regionale Wertschöpfungsnetze der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm »WIR! Wandel durch Innovation in der Region« gefördert.

CORINNA HARTWIG

WAV-Vertreter mißachtet Vorgaben

Die Bernauer Lokalausgabe der Märkischen Oderzeitung berichtete am 22.07.2021 über die Verbandsversammlung des WAV »Panke/Finow«. Schon die Überschrift »Altanschießer gehen leer aus« ist irreführend, denn der Beschluß der Verbandsversammlung hat nichts mit »Altanschießern« zu tun. Altanschießer sind nur jene Kunden, die zum Geltungsbereich des Beschlusses des BVerfGerichtes vom 12.11.2015 gehören und deren gesetzwidrig erhobene Beiträge ab 2016 zurückgezahlt wurden.

Nun hat der WAV »Panke/Finow« seinen überfälligen Wirtschaftsplan 2021 beschlossen und damit die Gebührenfinanzierung, die von der Stadt Bernau beschlossen wurde, abgelehnt. Der Abgeordnete Werner, Bernaus Vertreter in der Verbandsversammlung, stimmte entgegen des Beschlusses der SVV, der ihn verpflichtete, das Finanzierungsmodell »Gebührenfinanzierung« durchzusetzen, für den Wirtschaftsplan. Mit dem gebundenen Mandat war dem Abgeordneten Werner ein klares NEIN vorgegeben. Mit seinem Abstimmungsverhalten hat er auch den Bernauer Bürgermeister desavouiert, der den Bürgern 2020 den Weg zur Gebührenfinanzierung versprochen hat.

Der Verbandsvorsteher hat u.E. schon mit seiner Beanstandung des Beschlusses vom Juni über die Gebührenfinanzierung gegen seine Pflichten verstoßen, die ihn zur Erfüllung der Beschlüsse der Verbandsversammlung verpflichten. Und mit seiner Behauptung einer eventuellen Rückzahlung von 22 Millionen Euro geht er von unbewiesenen und unkontrollierten Zahlen aus.

Die Rückzahlung an die Altanschießer der Jahre 1990 – 2003/2004 (Geltungsbereich des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 12.11.2015) betrug circa 28 Millionen

Euro für einen Zeitraum intensivster Anschlußfähigkeit mit einem hohen Anschlußgrad im Zweckverband.

Die Behauptung einer Rückzahlungssumme von 22 Millionen Euro ist schon deshalb unglaubwürdig, weil der Verband diese Einnahmen nach Jahren und Baugebieten aufgliedert von 2004 - 2020 nicht nachgewiesen hat. Unglaublich auch deshalb, weil die Anschluß-Tätigkeit für die Neuanschießer von 2004 - 2020 nochmals 75 % des Zeitraumes 1990/2003 hätte betragen müssen – wo soll dies erfolgt sein?

Die betreffenden Einnahmen, bereinigt um jene Posten, die die Jahre vor 2004 (Ratenzahlungen, Stundungen etc.) betreffen, sollte der Verband nun endlich offenlegen. Der Abgeordnete Werner sollte sein Mandat beim WAV niederlegen, wenn er die StVV-Beschlüsse nicht befolgen kann oder will. Seine Behauptung, nur mit seiner Zustimmung könne der WAV handlungsfähig bleiben, ist falsch, weil jede notwendige Einzelmaßnahme auch ohne einen bestätigten Wirtschaftsplan beschlossen werden konnte und somit die Handlungsfähigkeit des WAV immer gegeben war und ist.

Die Kommunalaufsicht des Landkreises ist zu fragen, wie sie ihr Eingreifen in die laufende

Im Wasserstoff-Zeitalter

Bernau (bbp). Die kreiseigene Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG) erhält vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur 2,4 Millionen Euro Fördermittel für die Anschaffung von vier wasserstoffbetriebenen Abfallsammelfahrzeugen, heißt es in einer Mitteilung der Kreiswerke Barnim (KWB), denen die BDG angegliedert ist.

Die Elektromobilität sei ein bedeutender Faktor für den Klimaschutz und die Schonung von Ressourcen. Zahlreiche elektrisch angetriebene PKW werden bereits von den KWB genutzt. »Nun gibt es auch Alternativen im Nutzfahrzeugbereich«, informiert die KWB-Pressesprecherin Ina Bassin. Die BDG »ist das bisher erste Brandenburger Abfallwirtschaftsunternehmen, das wasserstoffbetriebene Abfallsammelfahrzeuge zum Einsatz bringen wird«.

Am 16. September werden die Fördermittel offiziell durch den Geschäftsführer der NOW GmbH ((Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie), Kurt-Christoph von Knobelsdorff, auf dem Bernauer Recyclinghof übergeben.

Geschäftsführung entgegen der Entscheidung der oberen Kommunalaufsicht des Innenministeriums begründet, welche schon 2013 die Entscheidung über die Finanzierungsmodelle allein in die Verantwortung der Zweckverbände gegeben hatte und welche Zahlen aus den Jahren 2004 – 2019/2020 ihr vorlagen?

BERND C. SCHUHMAN, Sprecher der Freien Bürgerinitiative Wasser und Abwasser

Die Erwartung von FRIEDRICH ENGELS, eine in neuen, freien Gesellschaftsständen herangewachsene Generation werde imstande sein, »den ganzen Staatsplunder von sich abzutun«¹, teilte er mit seinem Freund und Mitstreiter KARL MARX, der seine Staatskritik ausgehend von seinem frühen, damals unveröffentlichten Manuskript zur Hegelschen Rechtsphilosophie² immer wieder aufgriff und weiterentwickelte.

Bereits GEORG FRIEDRICH HEGEL erkannte den Gegensatz zwischen (bürgerlicher) Gesellschaft und Staat, wollte jedoch diese Sphären miteinander vermitteln.³ Für Marx hingegen ist »die Teilnahme der bürgerlichen Gesellschaft durch Abgeordnete am politischen Staat ... eben der Ausdruck ihrer Trennung«.⁴ Die menschliche Emanzipation kann nur mit der Aufhebung dieses Gegensatzes gelingen.⁵

In seinen Analysen der Amerikanischen und den Französischen Revolutionen bis hin zur Pariser Kommune führt Marx seine Staatskritik weiter aus. WLADIMIR ILJITSCH LENIN orientierte sich an dieser Kritik, als er sich im August und September 1917 mit seinen Studien zu »Staat und Revolution« auf die bevorstehende Oktoberrevolution vorbereitete. Allerdings verwischte er den Marx'schen Ansatz der »Diktatur des Proletariats« als Etablierung neuartiger föderaler Räte- und Kommunestrukturen, indem er die »Übernahme der Staatsmacht durch das Proletariat« und einen prinzipiellen Zentralismus in den Vordergrund schob.

Die konkreten Bedingungen im rückständigen Rußland und nicht zuletzt Bürgerkrieg und Intervention, welche die Revolution bald auf einen reinen Überlebenskampf der im Namen des Proletariats herrschenden »Partei neuen Typus« verengten, trugen zweifellos dazu bei, daß sich diese Ansätze etablierten. Bald beruhte die »führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse« auch im Meinungsstreit mit anderen proletarischen Parteien und Strömungen weniger auf überlegene Argumente als vielmehr auf die während des Kampfes gegen die weißen Garden und ausländischen Interventionen erprobte Überzeugungskraft des Maschinengewehrs.

»In Zeiten«, schrieb Marx schon 1843, »wo die menschliche Selbstbefreiung unter der Form der politischen Selbstbefreiung sich zu vollziehen strebt, kann und muß der Staat bis zur Aufhebung der Religion, bis zur Vernichtung der Religion fortgehen, aber nur so, wie er zur Aufhebung des Privateigentums, zum Maximum, zur Konfiskation, zur progressiven Steuer, wie er zur Aufhebung des Lebens, zur Guillotine fortgeht ... und das politische Drama endet daher ebenso notwendig mit der Wiederherstellung der Religion, des Privateigentums, aller Elemente der bürgerlichen Gesellschaft.«⁶

1917 waren es die Sowjets (dt.: Räte) in Petrograd, Moskau und anderen großen Städten, in denen die Bolschewiki im Laufe des Sommers auf demokratischem Weg die Mehrheit errungen hatten, von denen die Macht ausging. Nicht nur formal, sondern real. Die er-

Den ganzen Staatsplunder von sich abtun (2):

Vor 104 Jahren: Staat und Revolution

»Wo es politische Parteien gibt, findet jede den Grund eines jeden Übels darin, daß statt ihrer ihr Widerpart sich am Staatsruder befindet. Selbst die radikalen und revolutionären Politiker suchen den Grund des Übels nicht im Wesen des Staats, sondern in einer bestimmten Staatsform, an deren Stelle sie eine andere Staatsform setzen wollen.«

Karl Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel eines Preußen, in: MEW 1, S. 401, Dietz Verlag Berlin 1981



Foto: HELMUT BRAUNSCHNEIG

Kreuzer »Aurora«.

sten Dekrete der Sowjetmacht spiegelten den Mehrheitswillen der Bevölkerung Rußlands wider: Frieden, Bodenreform und die Rechte der Völker Rußlands. Die neue Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare, so verhielt sich das Gründungsdekret des 2. Allrussischen Sowjetkongresses vom 26. Oktober (8. November) 1917, sollte basisdemokratisch agieren, »in engem Kontakt mit den Massenorganisationen der Arbeiter, Soldaten und Bauern« stehen, unbürokratisch und flexibel bleiben, sich auf bloße »Kommissionen« stützen und den obersten Sowjetgremien (dem Allrußländischen Sowjetkongreß und seinem Exekutivkomitee) verantwortlich sein. Tatsächlich wurde von diesem Konzept nur wenig verwirklicht. Die »Kommissionen« wurden nie geschaffen, statt dessen rückten die »Volkskommissare« in die alten Ministerien ein und übernahmen deren Apparat. An die Stelle der Sowjetkontrolle trat die Abhängigkeit von der bolschewistischen Partei, die im ursprünglichen Konzept gar nicht vorgesehen war.⁷

Folgte Lenin in seinem Manuskript »Staat und Revolution« noch der marxistischen Erkenntnis, »daß das Proletariat nach Eroberung der politischen Macht die alte Staatsmaschinerie völlig zerstört und sie durch eine neue, eine dem Typ der Kommune gebildete Organisation der bewaffneten Arbeiter ersetzt«⁸, so blieb die revolutionäre Praxis angesichts der enormen praktischen Schwierigkeiten durch den fortwährenden Krieg, die innere und äußere Konterrevolution und nicht zuletzt auch aufgrund der Unerfahrenheit und mangelnde Bildung der Massen, weitgehend in der bloßen Übernahme des alten Staatsapparates und den alten Methoden stecken. Der »Kriegskommunismus« sicherte den Sieg im Bürgerkrieg.

Aber danach war die russische Arbeiterklasse ausgeblutet, ausgehungert und trotz des Siegs im Bürgerkrieg demoralisiert. Die im Bürgerkrieg aus Not angewandten Notstandsmaßnahmen des Kriegskommunismus wurden nach und nach zur Tugend.⁹

Statt »den ganzen Staatsplunder von sich abzutun« galt fortan die Devise, alles für die »Stärkung des sozialistischen Staats« zu tun. Stalins Theorie von der stetigen »Verschärfung des Klassenkampfes« auch nach dem Sieg der proletarischen Revolution lieferte die ideologische Grundlage bis zum flächendeckenden Kollaps des »realen« Staatssozialismus in Europa zwischen 1989 und 1991.

Der »Ausmerzungen« der konkurrierenden Strömungen in der Arbeiterbewegung (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Anarchisten) folgte das Fraktionsverbot innerhalb der Kommunistischen Partei. Der einstige lebhaft Meinungsstreit innerhalb der Bolschewiki wurde bald nur noch mit administrativen Mitteln geführt. Parteiausschluß und Verbannung waren schließlich die Vorboten des Großen Terrors in den 1930er Jahren, dem dann fast die gesamte »alte Garde« der Bolschewiki zum Opfer fiel.

Das »politische Drama« endete, wie von Marx 1843 beschrieben, in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen realsozialistischen Staaten in Mitteleuropa »mit der Wiederherstellung der Religion, des Privateigentums, aller Elemente der bürgerlichen Gesellschaft«.

GERD MARKMANN

Der 1. Teil »Vor 150 Jahren: Die Pariser Kommune« erschien in der BBP 5/2021. In Fortsetzung von Teil 1 erinnerten wir in unserer Sommerausgabe an die »Pariser Blutwoche« mit der die Niederschlagung der Pariser Kommune gipfelte.

Anmerkungen:

- 1 – Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich« von Karl Marx, 3. Auflage 1891, in: MEW 22, Dietz Verlag Berlin 1972
- 2 – Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: MEW 1, Dietz Verlag Berlin 1981
- 3 – Karl Reitter: Die Marx'sche Kritik des Staates, in: Begegnungen feindlicher Brüder. Zum Verhältnis von Anarchismus und Marxismus in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, Unrast-Verlag, Münster 2011
- 4 – Karl Marx: Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in: MEW 1, Dietz Verlag Berlin 1981, S. 324f
- 5 – Karl Marx: Zur Judenfrage, in: MEW 1, Dietz Verlag Berlin 1981, S. 370
- 6 – ebenda, S. 357
- 7 – Dekret des 2. Allrußländischen Sowjetkongresses über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, 26. Oktober (8. November) 1917 auf www.1000dokumente.de, abgerufen am 11. September 2021.
- 8 – Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution, in: Lenin-Werke Band 1, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 499
- 9 – Isaac Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Dietz Verlag Berlin 1990, S. 288f

Im Fokus der bayerischen Strafverfolgung: das Kirchenasyl

»Gott mit dir, du Land der Bayern«

...so beginnt die Bayernhymne. Der heimat-treue Staatsanwalt fügt dem hinzu, »aber bitte ohne Kirchenasyl« und wenn man Pech hat, dann stimmt auch der Amtsrichter in Würzburg mit ein, wie am 2. Juni 2021 im Verfahren gegen die Franziskanerin JULIANA SEELMANN aus dem unterfränkischen Kloster Oberzell.

Sie erhielt eine Verwarnung unter Strafvorbehalt wegen Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt und eine Geldstrafe von 600 Euro, auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Sie hatte zwei Frauen aus Eritrea Kirchenasyl gewährt.

Das Strafmaß liegt an der untersten Grenze, aber die Ausführungen des Richters Uehlin bei der mündlichen Begründung des Schuldspruchs: »Wir leben in einer Demokratie, nicht in einem Gottesstaat«, befeuern die erneute Diskussion über die Grundlagen des Kirchenasyls.

Immer wieder wird von interessierter Seite den Befürwortern des Kirchenasyls unterstellt, sie würden das Kirchenrecht über die staatliche Rechtsordnung stellen. Es war der damalige Innenminister de Maiziere, der 2015 im Deutschlandfunk mit dieser Argumentation öffentlich gegen das Kirchenasyl polemisierte, obwohl er es als Jurist hätte besser wissen müssen. Das Kirchenasyl stützt sich auf eine Vereinbarung von EKD und deutscher Bischofskonferenz mit dem BAMF aus dem Jahr 2015.

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Würzburg charakterisierte die Entscheidung des Amtsrichters aus Würzburg treffend: »Das Würzburger Amtsgericht stellte ... das Rechtsstaatsprinzip des Artikel 20 vor die im Grundgesetz festgeschriebene Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie den Schutz der Menschenwürde.«

Dieser Urteilsspruch aus Würzburg steht auch im Kontrast zu einem Urteil des Amtsgerichts Kitzingen, das im Frühjahr 2021 den Benediktiner ABRAHAM SAUER aus der Abtei Münsterschwarzach mit Blick auf die im Grundgesetz garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit freigesprochen hatte. Die Staatsanwaltschaft legte umgehend Rechtsmittel ein, so daß das Urteil nicht rechtskräftig ist.

Dreistufenplan von Bamberg

Von einer Entspannung im Streit um das Kirchenasyl kann jedenfalls in Bayern nicht gesprochen werden. Um das zu verstehen ist ein Blick auf die letzten Jahre hilfreich.

2017 trafen sich die bayerischen Generalstaatsanwälte in Bamberg, um sich über die Maßnahme zur strafrechtlichen Verfolgung des Kirchenasyls abzustimmen. Damals wurde ein Dreistufenplan beschlossen. Im ersten Schritt sollten die verantwortlichen Geistlichen – aus der Sicht der Staatsanwaltschaft – über die Rechtslage aufgeklärt und ermahnt werden: Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt stelle einen Straftatbestand dar, der bei Bekanntwerden auch verfolgt werden müsse. Im Wiederholungsfalle sollte ein Strafbefehl ergehen

(1.200 – 2.000 Euro). In allen folgenden Fällen hätte der Verantwortliche mit einem Strafverfahren zu rechnen, in dem Haftstrafen bis zu einem Jahr, in besonders schwerwiegenden Fällen bis zu drei Jahren verhängt werden können.

So der Plan der Staatsanwälte.

Strafverfolgungen seit 2017

Die ersten Verfahren wurden 2017 aber nicht gegen geistliche Beihilfer geführt, sondern gegen die Schutzsuchenden, die sich ins Kirchenasyl gerettet hatten. Hier war offenkundig, daß sie gegen das Gesetz verstoßen hatten, meinten die Staatsanwälte. Aber nicht alle Richter sahen das auch so.

Dann wurden die erste Strafbefehle verschickt und schließlich machten die Verfahren gegen Pfarrer GUMPERT aus Immenstadt (2019) und Mutter MECHTHILD THÜRMER, die streitbare Benediktinerinnenäbtissin aus Kirchschletten in Oberfranken (2020), Schlagzeilen.

Während Gumpert frei gesprochen wurde, ist das Verfahren vor dem Amtsgericht Bamberg gegen Mutter Mechthild, das auf den 31.7.2020 terminiert aber kurzfristig abgesagt worden war, noch anhängig.

In Bayern ziehen die Staatsanwaltschaften also auch weiterhin – wie bereits vor Jahren abgesprochen – gegen das Kirchenasyl zu Felde. In Würzburg ging ihnen ein willfähriger Richter zur Hand.

HARTMUT LINDNER

Anzeige

Man lebt zweimal – das erste Mal in der Wirklichkeit, das zweite Mal in der Erinnerung.

HONORÉ DE BALZAC

Mit dieser Aussage danke ich allen Genossen, Genossinnen, Freunden und Freundinnen welche mich im Leben begleiteten, und immer halfen. Erinnert euch an mich, bitte aber nicht an die dunklen Tage, erinnert euch bitte an unsere Erfolge, wie wir gemeinsam vor Jahren aus einer Idee die bundesweit wirkende »Studiengruppe – Korea« ins Leben gerufen haben. An die vielen Aktionen an denen ich euch mit meinen langjährigen Erfahrungen die Schönheiten und das Wachsen der Koreanischen Volksrepublik vermitteln konnte. Leider war die Zeit zu eng, ich hatte noch viel mehr vor.

Plötzlich und für uns alle unfaßbar verstarb unser Freund, unser Berater in vielen politischen Klärungsprozessen, ein Mensch mit dem größten Verständnis für alle Schwächen.

Arnulf Piontek

geb. 19.09.1959
verst. 18.07.2021

Wir werden nicht nur an dich denken, sondern in deinem Sinne den begonnenen Weg mit den Genossen und Freunden immer weitergehen.

Studiengruppe Korea
Brandenburg, Berlin & Länder

...sagt sich das junge Kalb

Zeugnis eines hoffnungslosen Scheiterns

Man könnte vielen Sachen im Leben dieses Testat ausstellen: die erste Liebe, der erste Job, das erste Auto – Dinge, die meistens in der Katastrophe endeten. Das Leben ist nicht dazu da, immer zu gelingen, sagt sich das junge Kalb auf dem Weg zur Weißwurst.

Verzweifelt versucht man den Menschen zu predigen, sie müßten ihren Lebensstil ändern, um zwei Grad oder einen neuen Lockdown zu verhindern. Aber in Wirklichkeit verbraucht Deutschland soviel Ressourcen wie noch nie, setzt soviel Treibhausgase frei wie nie zuvor, und das trotz Virus-Pandemie! Vielleicht nicht trotz, sondern wegen: denn das Autofahren war ja nicht verboten und die Straßen waren voll wie immer, auf der Jagd nach Schnäppchen. Es ist ein grandioses Scheitern.

Wie kann man es anders nennen, wenn der höchste Posten, den dieses Land zu vergeben hat, ein Grüßaugust ist? Wenn eine militärische Supermacht wie die USA samt ihrer europäischen Verbündeten Hals über Kopf aus einem islamisch geprägten Gebirgsland fliehen muß, weil die einheimische Truppe nicht willens ist, auf ihre Landsleute zu schießen.

Die Deutschen wollten auch nicht auf ihre Landsleute schießen, im Herbst vor 32 Jahren. Dies war jedoch kein Zeugnis hoffnungslosen Scheiterns, wie Bundespräsident Steinmeier nahelegte, sondern ein kurzes Aufflackern eines Begehrens, keine Deutschen zweiter Klasse mehr zu sein, sondern teilzuhaben an dieser Welt: mit Westauto, mit Westschokolade, mit Westklamotten.

Letzteres ist leider geglückt, muß man wohl mit Blick auf das Klima sagen. Daran, daß sie Deutsche zweiter Klasse sind, hat sich jedoch nichts geändert. So war der Einsturz der Berliner Mauer gewiß auch ein Zeugnis hoffnungslosen Scheiterns.

J.G.

Wahlsprüche*

Es wird nie so viel gelogen, wie vor einer Wahl und nach einer Jagd! OTTO VON BISMARCK

Wenn Wahlen etwas änderten, wären sie längst verboten. KURT TUCHOLSKY (zugeschrieben)

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern. Nichts hindert mich, weiser zu werden! KONRAD ADENAUER (Satz 2 meist ungenannt)

Eine Regierung ist nicht Ausdruck des Volkswillens, sondern der Ausdruck dessen, was ein Volk verträgt. KURT TUCHOLSKY

Einst hatte man die Hoffnung, daß die Regierenden ihre Wahlversprechen vielleicht doch wahr machen. Heutzutage kann man nur hoffen, daß ihnen das nicht gelingt!

FRANK ALBRECHT (Eulenspiegel 11/05)

Der beste Platz für Politiker ist das Wahlplakat. Dort ist er tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen. LORIOT

* herausgesucht von Bernd Pommraenke

Bei Ortband gab es fast alles zu kaufen, was in die Kategorie Kleinmaterial bei der Elektrotechnik einzuordnen war. Das Sortiment war recht übersichtlich in Regalen, Vitrinen oder im verglasten Ladentisch geordnet. Das Warenangebot reichte von Fernsehantennen über Röhrensockel, Rundfunkröhren, Schallplatten, Widerstände, Kondensatoren bis zu Gehäusen von Rundfunkempfängern. Das Ladengeschäft war prall gefüllt mit den 1000 Kleinen Dingen, wie es damals hieß. Das Schaufenster war lückenlos voll mit all diesen Artikeln. Erwin Ortband hatte keine Angestellten. Er bediente alle Kunden selber, und er war der Meister der chaotischen Simultanbedienung.

Betrachten wir einmal ein Beispiel mit acht Kunden im Laden. EO fragt sie nach ihren Wünschen und erhält als Antworten von K1: »20 Lötösen versilbert«, K2: »30 m Koaxkabel« Rückfrage von EO: »Mit Isolatoren und wie viel«, K3: »Zwei Röhrensockel für UBF 11 und UCH 11«. EO sucht aus einer Schachtel die beiden Röhrensockel, gibt sie dem Kunden K3 mit der Bemerkung: »Macht eins zwanzig«. Er beginnt die 30 m Koaxkabel mit Hilfe von zwei Einkerbungen an seinem verglasten Ladentisch abzumessen, fragt gleichzeitig, ob K3 noch etwas wünsche. Dieser antwortet »Nein«. EO schneidet die 30 m Koaxkabel ab. Sogleich die Frage an K4: Dieser möchte gerne die neueste Single-Schallplatte von Bärbel Wachholz kaufen. EO entgegnet: »ausverkauft«, er nimmt 1,50 von K3 an und gibt 30 Pfennig Wechselgeld zurück. Während K3 und K4 den Laden

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 12): Erwin Ortband *Meister der Simultanbedienung*

Erwin Ortband war ein mittelgroßer Mann, und in den 1960er Jahren mittleren Alters, eigentlich ohne besondere äußere Merkmale, wenn man einmal von einem Toupet absieht, das sein graumeliertes Haar ergänzte. Er wirkte immer etwas nervös. Erwin Ortband betrieb ein Elektrohandelsgeschäft in der Eisenbahnstraße 51, ein Geschäft mit wenig Aufenthaltsraum für Kunden. Es paßten höchstens zehn Kunden hinein. Diese maximale Anzahl wäre manchmal überschritten worden, wäre da nicht Erwin Ortband gewesen, aber der Reihe nach.

verlassen, betreten K5 und K6 den Laden. EO fragt sofort K5 und K6 nach ihren Wünschen. K5 braucht ein neues Gehäuse für sein Kofferradio und einen Luftdreko 50, K6 möchte einen Seitenlautsprecher für einen Rundfunkempfänger Typ Dominante. EO zählt 20 Lötösen ab, die er zuvor aus einer alten Schachtel entnommen hat, tütet diese ein, und kassiert von K1 eine Mark. Dann beginnt er die 30 m Koaxkabel aufzuwickeln, wobei K1 den Laden verläßt und K7 und K8 den Laden neu betreten. Die 30 m Koaxkabel sind inzwischen aufgewickelt. EO zu K6: »Die Originallautsprecher werden nicht mehr hergestellt, ich kann Ihnen das Nachfolgemodell anbieten, ist aber 5 Mark teurer«. EO fragt K2: »Wie viele Isolatoren?«, als Antwort kommt: »Vier«. EO sucht die vier Isolatoren aus einem hinteren Schrank, packt dann alles für K2 zusammen und nimmt das Geld von K2 an. Anschließend geht er weit nach hinten, um das Gehäuse für Stern Kofferradio hervorzuholen. Dann an K7 und K8 die Fragen gerichtet: K7 wünscht eine Yagi Antenne für UKW, Rückfrage von EO: »Mit oder ohne

Zubehör?«, K8 will einen Transistor OC 810 kaufen. EO sagt, den gibt es nicht mehr, aber dafür gibt es jetzt den OC 812. K2 verläßt das Geschäft, und EO sucht aus einem Schubfach den Luftdreko für K5 heraus und legt ihn zu dem Plastegehäuse des Kofferradios.

Hier brechen wir die Beschreibung der Bedienung ab. Man sollte einmal darüber nachdenken, ob eine solch effektive Bedienung im IT-Zeitalter möglich ist. Die Bedienung mit Computern oder Handys dauert viel länger!

Erwin Ortband zeichnete sich durch eine sehr fachmännische Kundenberatung und Bedienung aus. Es war im Geschäft weder freundlich noch unfreundlich, aber sehr sachlich. Seine Zeit lief mit der Eröffnung des RFT-Ladens in der Friedrich-Ebert-Straße 8 ab. Auch die Elektrobastler wurden weniger, Ersatzteile für den Privatverbrauch waren nicht mehr gefragt.

Irgendwann wurde das Elektrofachgeschäft aufgegeben. Manchmal sah man noch Erwin Ortband in der Eisenbahnstraße, aber eines Tages war er auch im Stadtbild verschwunden.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Anzeige

Ein Nachruf für Manuela Richter

(geb. 07.01.1952 · gest. 16.08.2021)

Mit ihrem Lebenspartner Helmut Rubbert gehörte sie zu den ersten Kämpfern in der Arbeitslosenbewegung in Eberswalde. Von den »Jagoda-Tagen« 1998 an bis zu ihrem Lebensende. Ab 2004 organisierte sie maßgeblich die Eberswalder Montagsdemos gegen das Hartz-IV-Regime mit. Im Oktober 2004 war sie Mitbegründerin im »Förderverein sozialer und solidarischer Bewegungen Eberswalde e.V.«, in dem sich die Widerstandskräfte bündelten. Und weil Hartz IV kein spezielles Eberswalder Thema war, nahmen Eberswalder Demonstranten an einer Vielzahl überörtlicher Veranstaltungen teil, bei denen Manuela selten fehlte.

Auch andere lokale Themen gerieten ins Blickfeld von Eberswalder Montagsdemo. In Zusammenhang mit dem Kampf um den Erhalt der Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel im Jahr 2006 gründete sich das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«. Zur Bürgermeisterwahl 2006 kam der Kandidat des Bündnisses Hartwin Schulz mit 18,7 % auf dritten Platz. Das änderte nichts am Abriß der Einsteinschule, führte jedoch zur Gründung eines Vereins zur Schaffung der Freien Oberschule Finow. Manuela und Helmut gehörten mit anderen Montagsdemonstranten dazu. Sie engagierten sich mit zahlreichen ehrenamtlichen Arbeitsstunden, um das Schulgebäude herzurichten. Auch wenn sich der Schulverein später professionalisierte und auf die bisherige ehrenamtliche Hilfe verzichtete, blieben Manuela und Helmut politisch aktiv.

Beide nahmen an vielfältigen politischen Aktionen in Eberswalde und darüber hinaus teil. Manuela arbeitete gern, war stets hilfsbereit und hatte gute Ideen in schwierigen Situationen. Sie fragte nie danach: Was bekomme ich für meine Leistung? Ein Äquivalent mußte man ihr förmlich aufdrängen, um so mehr, wenn sie von der Richtigkeit und Notwendigkeit ihrer Hilfe überzeugt war.

Nun ist das engagierte Leben von Manuela Richter zu Ende gegangen. Zu den gesundheitlichen Gründen für ihren frühen Tod kam ihr schwindender Lebenswille, seit ihr Ehemann Helmut schon von ihr gegangen war. Sie wünschte, daß ihr ein stiller Abschied am Grabe gegönnt war. Aber ihre zahlreichen Freunde und Kampfgefährten sind gedanklich auch heute und in der Zukunft dankbar bei ihr.

Die Motivation ihres Engagements erläuterte sie auf der 52. Montagsdemo:

»Wer mich kennt, weiß, daß ich das Jammern hasse. Ich versuche stets aus einer Situation das Beste zu machen. Aber einmal reißt auch bei mir die Hutschnur. Es war einfach unerträglich, was da mit Hartz IV auf uns zukam. Mir war klar, daß etwas passieren muß... Für mich war es wie für alle anderen Frauen in der DDR selbstverständlich, daß ich mir meinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit selbst verdient habe. Als ich nach der Wende meine Arbeit verloren habe, war ich selbstverständlich bereit, auch andere Arbeit zu übernehmen. Aber 1997 war dann endgültig Schluß. 1998 gehörte ich deshalb zu den Teilnehmern der Arbeitslosendemos in Eberswalde... In den Folgejahren bin ich dem Arbeitsamt die Bude eingerannt, um Arbeit zu bekommen. Aber mehr als ABM-Maßnahmen hatte das Arbeitsamt nicht zu bieten. Drei Mal war ich in ABM-Maßnahmen tätig, aber eine 'Brücke in den ersten Arbeitsmarkt', was die ABM sein sollten, war es nie. Es war immer nur eine zeitweilige Beschäftigung... Seit einem Jahr finden wir uns nun jeden Montag zur Demo zusammen und protestieren gegen den Sozialabbau. In der Gemeinschaft der Montagsdemonstranten fühle ich mich mit meinen Sorgen und Problemen nicht mehr allein. Das stärkt mich und gibt mir Mut, weiter zu machen und nicht aufzugeben. 'Nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau', das finde ich eine gute Lösung.«

Die Barnimer Feldmark im Kasten

Regionalparkverein veröffentlicht Imagefilm für die Barnimer Feldmark

Ganz im Süden des Barnims – direkt vor den Toren Berlins gibt es einen vielfältigen Freiraum für große und kleine Erlebnisse und den regionalen Verbund. In der Botschaft des vom Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. veröffentlichten Imagefilms werden Landschaft und Menschen der Barnimer Feldmark porträtiert und geben einen kurzweiligen Überblick darüber, was es alles in der Region zu entdecken gibt. Beindruckende Drohnenaufnahmen zeigen die Weite dieser Kulturlandschaft und laden ein, diese selbst zu erleben und genießen.

»Wander- und Radwege, die wieder auflebende Braukultur, Landschaftsgärten, historische Baukultur und nicht zuletzt die unterschiedlichen Direktvermarkter:innen mit ihren Hofläden und Selbstpflücken machen die Barnimer Feldmark zu einem wunderbaren Ort zum Leben und einem idealen Ziel für Tagesausflüge mit einer kurzen Anreise aus Berlin.« so Torsten Jeran, Vorsitzender des Regionalparkvereins. »Wir freuen uns darüber, mit dem Film einige ausgewählte Eindrücke aus unserem Regionalpark im Nordosten Berlins einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen zu können, denn hier liegt ein unschätzbare

Wert für Erholungssuchende, den es zu erkennen, erhalten und entwickeln gilt.«

Erarbeitet wurde der Film im Rahmen eines vom Landkreis Barnim geförderten Projekts. Es erfordert einen guten Blick, die positiven Seiten einer intensiv genutzten Landschaft wie der Barnimer Feldmark herauszustellen, ohne dabei ein idealisierendes Bild zu erzeugen. So zeigt der Film ein einladendes Schlaglicht auf ausgewählte Perlen der Feldmark, ohne zu verheimlichen, daß wir uns in einer stark genutzten Alltagslandschaft und nicht in einem Nationalpark befinden.

Die Zusammenarbeit mit den Bernauer Braugenossen, dem Schloßgut Altlandsberg, Peters' Landwirtschaft aus Löhme, den Gärtnerinnenhof aus Blumberg, dem Sonnenhof in Werneuchen und dem Klimaschutzmanagement des Amtes Biesenthal-Barnim hat dem Projektteam von David Sumser viel Freude bereitet, resümiert Torsten Jeran. Der Imagefilm ist in voller Länge auf der Website des Regionalparkvereins unter www.feldmaerker.de zu finden.

DAVID SUMSER,

Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.

Die Kommerells in Panketal

23./23. September: »Musikalische Lesung« und DEFA-Film »Rotkäppchen«

Am 23. September präsentiert der Verein Kunstbrücke Panketal e.V. eine »Musikalische Lesung mit Blanche und Sebastian Kommerell«. Die Schauspielerinnen und Autorinnen Blanche Kommerell (u.a. »Rotkäppchen«, »Jakob, der Lügner«) wird im IB Mehrgenerationenhaus am Genfer Platz im Panketaler Ortsteil Schwanebeck ab 19 Uhr aus ihren Büchern lesen und aus ihrem bewegten Leben erzählen. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von Kommerells Sohn Sebastian, der als vielseitiger Künstler in die Fußstapfen seiner Mutter trat und als Maler, Musiker und Schauspieler aktiv ist. Es erwartet Sie ein abwechslungsreicher Abend mit Texten über Leben, Liebe, Natur und Tod sowie Reiseerinnerungen. Der Eintritt kostet 10 Euro.

Einen Tag später (Freitag, 24. September) gibt es um 17 Uhr am gleichen Ort den DEFA-Farbfilm »Rotkäppchen« von 1962 nach dem gleichnamigen Märchen der Gebr. Grimm von Regisseur Götz Friedrich zusehen. Darsteller sind Blanche Kommerell, Helga Raumer, Horst Kube, Ernst-Georg Schwill, Jochen Bley und andere. Als Gast begrüßen wir Blanche Kommerell (Darstellerin des »Rotkäppchen«). In gemütlicher Runde möchten wir anschließend mit Ihnen ins Gespräch kommen. Der Eintritt kostet 5 Euro.

Für beide Veranstaltungen ist nur ein beschränktes Kartenangebot verfügbar. Tickets unter www.kunstbrueckepanketal.de sowie telefonisch unter 030/98319876.

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.



Bereits am 15. August bot Sebastian Kommerell (Klavier) mit seinem musikalischen Partner Harold Mahl (Saxophon) im Rahmen des »Summer in the City – open air« am »Alten Traumschloß« den Panketalern und ihren Gästen »Jazz unter Bäumen«. Das Duo begann brasilianisch beschwingt mit Klassikern des Bossa Nova wie »Mas Que Nada« von Sergio Mendez oder Titeln aus der Feder von Stan Getz und João Gilberto. Im zweiten Teil bekamen die gut 40 Anwesenden zudem Kompositionen von Antonio Carlos Jobim, Miles Davis und Michel Legrand zu hören. Hörenswert und ganz eigen auch die Interpretation von Stevie Wonders Hit »Isn't She Lovely«.

Text und Foto: Thorsten Wirth

Tafeln dauerhaft fördern

Mit großer Mehrheit hatte der Kreistag Barnim Anfang Dezember 2019 auf unseren Antrag hin die Bewilligung von 30.000 Euro für die TAFEL BERNAU E.V. und 10.000 Euro für BROT & HOFFNUNG E.V. jeweils für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen. Die Bernauer und Eberswalder Tafel versorgen im Landkreis Barnim täglich weit über 1000 bedürftige Menschen. Vorwiegend Ältere und Familien mit Kindern sind immer mehr auf diese wichtige Hilfe angewiesen. Beide ehrenamtliche Einrichtungen sind unerlässlich für den Barnim und erfüllen einen wichtigen sozialen Beitrag.

Aufgrund eines kurzfristig erforderlichen Umzugs mußte der Tafel Bernau e. V. sich an einen neuen Mietvertrag langfristig binden. Deshalb benötigt er eine verlässliche Planungssicherheit bezüglich der Verfügbarkeit finanzieller Mittel. Der Verein braucht insgesamt etwa 50.000 Euro pro Jahr, um die anfallenden Miet- sowie die Betriebs- und Unterhaltungskosten zu decken. Die Stadt Bernau hat bereits im Frühjahr 2021 einen jährlichen Zuschuß ab dem Jahr 2022 von 20.000 Euro per Beschluß der Tafel Bernau gewährt.

Die Fraktion von BVB/Freie Wähler im Kreistag Barnim fordert nunmehr eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung beider Vereine durch den Landkreis, damit diese wichtigen beiden Einrichtungen für die Barnimer Bürgerinnen und Bürger langfristig gesichert werden.

SVEN WELLER und THOMAS STRESE

Kalt erwischt

Eis-Flatrate für den guten Zweck

Sommer, Sonne, gute Laune und jede Menge leckere Eiscreme! Auch in diesem Jahr fand in der Alloheim Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« in der Krümmen Straße in Altenhof wieder die große Eisflatrate statt. Das Besondere: Bei dieser Aktion werden die Eisbecher niemals leer. Für einen einmaligen Beitrag durfte den ganzen Nachmittag nach Herzenslust geschlemmt werden. Auch in diesem Jahr kommt die kühle Schlemmerei wieder einer guten Sache zugute.

»Unsere Aktion war erneut ein riesengroßer Erfolg«, sagt Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch. »Dabei ist ein Erlös von insgesamt 309 Euro zusammengekommen.« Dieser Betrag wird jetzt in voller Höhe an Freiwillige Feuerwehr in Altenhof gespendet, denn: »Wir alle finden dieses Engagement mehr als großartig und möchten mit unserer Spende unseren Teil zur Unterstützung dieser Arbeit beitragen«, sagt Wiedebusch.

Die Eisflatrate hat bei Alloheim mittlerweile eine jahrelange Tradition. Bundesweit wird sie im Sommer von allen Alloheim Senioren-Residenzen durchgeführt. Und schon jetzt steht fest: Auch im nächsten Jahr wird das Eisfest für den guten Zweck wiederholt!

ANNIKA BRANDENFELS

26. September: Sie dürfen würfeln

In ein paar Tagen wird der neue Bundestag gewählt

Im Gegensatz zu vergangenen Wahlperioden hat der neue Bundestag ein ganz besonderes Gewicht. Er ist der erste Bundestag, der die für die Klimapolitik entscheidenden gesetzlichen Weichenstellungen absegnen muß, die sich aus all den Katastrophen ergeben, welche sich aktuell vor unseren Augen aufbauen. Dabei geht es nicht mehr um Schönheitsreparaturen im Strommix für den Energiesektor oder um die Besteuerung von Pfandflaschen, sondern um das gesellschaftliche System, welches die Bundesrepublik in die Gegenwart begleitet hat.

Die Tragweite dessen, was auf uns zu kommt, kann noch nicht einmal konkret geschätzt werden. Entsprechend chaotisch wird es im parlamentarischen Zank für den politischen Vorrang einzelner Konzepte gehen. Alles, was wir an Kinderkram in der Streitkultur bislang sahen, wird sich noch steigern. Da auch beim ökologischen Konzeptanteil der Wahlbewerber nichts mehr so ist, wie es mal war, lohnt bei dieser Wahl ein sehr genauer Blick, um den Gehalt dessen, was die Kandidaten sich als

Wählerauftrag vorstellen, zu hinterfragen. Beispielsweise wird es für mich sehr spannend, festzustellen, wer sich nur einen grünen Autogurt leasen will oder tatsächlich Fahrrad fährt, wer grünes Wirtschaften nur mit Prämien fördern will oder den Mut hat, das Öko-Steuer-Rad generell herumzureißen, und das vielleicht sogar sozialverträglich.

Eine erste Wahl zur Prüfung bietet das Projekt abgeordnetenwatch.de. Diese Organisation agiert für den Verein Parlamentwatch e.V. seit vielen Jahren mit dem Leitspruch »Weil Transparenz Vertrauen schafft«. Die Plattform bietet Kandidatenbefragungen aller Wahlkreiskandidaten, und so auch der beiden Barnimer Wahlkreise. Das Verfahren ist einfach und funktioniert online ohne Voranmeldung unter dem Wahlportal Bundestagswahl bei www.abgeordnetenwatch.de/bundestag sowie für die Berliner Abgeordnetenhauswahl, die ebenfalls am 26. September stattfindet, unter www.abgeordnetenwatch.de/berlin. Seit 2002 gibt es den Wahl-O-Mat der Bundesanstalt für politische Bildung (www.wahlomat.de).

All dies macht sicherlich viel Aufwand. Jedoch ist unsereins gut beraten, in diesen windigen Zeiten genau hinzusehen, wer den Steuernmann spielen soll, denn wir wollen noch lange auf dem Boot bleiben. Sie auch?

THOMAS TOBLER

Kommunales Kino im Heidekrug: Das Florida-Projekt

Am 17. September, um 19.30 Uhr läuft im Kulturhaus Heidekrug der Spielfilm *The Florida Project* (USA 2017). Eintritt: 6 Euro.

Der amerikanischen Traum liegt direkt vor ihrer Nase: Um die Ecke von Disney World lebt die kleine Moonee mit ihrer Mutter Halley in einem heruntergekommenen Motel. Halley ist ständig auf der Suche nach Geld, um sich und ihre Tochter durchzubringen, und wenn das legal nicht klappt, muß es eben illegal funktionieren. Regisseur Sean Baker erzählt in heiteren, knallbunten Bildern von Menschen, die keine Chance haben, weil sie nie eine hatten.

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1
16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Polnischer Kulturtag

Der BEIRAT FÜR MIGRATION UND INTEGRATION DES LANDKREISES BARNIM lädt gemeinsam mit der polnischen Gemeinschaft im Landkreis Barnim zum *Polnischen Kulturtag* ein. Im Geiste der deutsch-polnischen Freundschaft laden wir die polnischen Staatsbürger zu einem kleinen Festakt einladen. Bei landestypischen Kulturbeiträgen und Speisen wollen wir den Tag gemeinsam feiern. Der Polnische Kulturtag findet am 1. Oktober, um 18 Uhr in der Aula der Tobias-Seiler-Oberschule, Zepernicker Chausee 24, in Bernau statt. Die Teilnahme ist für alle nach vorheriger Anmeldung unter info@beirat-migration-integration.de möglich.

Der Beirat für Migration und Integration ist das direktgewählte Gremium der Barnimer Bürger mit ausländischem Paß. Er vertritt die über 9.000 Migrantinnen und Migranten im Landkreis und besteht aus 9 gewählten Mitgliedern.

PÉTER VIDA

Wir laden im Rahmen der *Zukunftswochen* am Samstag, **18.9., 18.30 Uhr** zum **kritischen Kino** in die *Thinkfarm* ein. Davor und danach möchten wir mit euch zum **Thema Wohnen, Mieten und Stadtentwicklung in EW** mit euch ins Gespräch kommen. *Max für RECHT AUF STADT*

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluß: 8. September 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 6. Oktober 2021.